Samstag/Sonntag, 1./2. 12. 1984 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 282 - 48.W. - Preis 1,40 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 · Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 · Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien ... Dänemark 10,00 dkr, Frankreich 7,50 F, Griechenland 110 Dr, Großbritannien ... Jugoslawien 160,00 Din, Luxemburg 32,00 lfr, Niederlande 2,50 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 16 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Wohnungsbau: Zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus im kommenden Jahr stellt der Bund den Ländern insgesamt 1,07 Milliarden Mark zur Verfügung. 500 Millionen davon entfallen auf das Eigentumsprogramm (2. Förderungsweg). (S. 9)

Grenzen: Verständnis für das Interesse der Polen an gesicherten Grenzen hat die CDU/CSU geäußert. Gleichzeitig wurde Warschau jedoch aufgefordert, auch Verständnis zu zeigen „für unser Anliegen, die deutsche Frage politisch und rechtlich offenzuhalten". (S. 8)

„DDR"-Rüstung: Ost-Berlin will die Verteidigungsausgaben 1985 um 6,7 Prozent auf 13,04 Milliarden Mark steigern. Das sind 5,6 Prozent des gestern verabschiedeten Staatshaushalts.

Kanaltunnel: Paris und London wollen den Bau eines Tunnels unter dem Ärmelkanal jetzt ernsthaft angehen. Präsident Mitterrand und Premier Thatcher beschlossen in London die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die binnen drei Monaten eine Projektstudie vorlegen soll.

Popieluszko: Oberst Pietruszka, der ranghöchste der vier polnischen Polizeibeamten, die im Zusammenhang mit der Ermordung des Priesters verhaftet wurden, ist der „Anstiftung" zu dem Verbrechen angeklagt worden.

Beistand: Libyen hat sich vertraglich verpflichtet, Malta im Falle eines Angriffs beizustehen. (S. 5)

Am Wochenende: Hessens Grüne entscheiden über Zusammenarbeit mit der SPD.

WELT-Serie „Sieg der Sterne"

In den Laboratorien der beiden mächtigsten Staaten der Erde tobt der größte Wettstreit der Geschichte. Es geht um die lichtgeschwinden Strahlenwaffen zur Abwehr interkontinentaler Raketen und damit der nuklearen Bedrohung. Der erste Serienteil ist ein Exklusiv-Interview: General James A. Abrahamson, Chef des US-Forschungsprogramms zur strategischen Abwehr, gab es der WELT als erster europäischer Zeitung. Der nächste Serienteil erscheint am Montag. Seite 6

WIRTSCHAFT

Rau-Plan: Auf entschiedene Ablehnung von Kanzler Kohl ist die Forderung von NRW-Ministerpräsident Rau nach Subventionen von 4,1 Milliarden DM für ein Förderprogramm des Bundes für Luftreinhaltemaßnahmen bei kohlebetriebenen Feuerungsanlagen gestoßen. (S. 9)

US-Haushalt: Präsident Reagan beschloß, die öffentlichen Ausgaben vorläufig auf dem gegenwärtigen Niveau einzufrieren, um das wachsende Haushaltsdefizit abzubremsen.

Gatt: Nach zähem Ringen haben sich die 90 Mitglieder in Genf auf ein neues Arbeitsprogramm geeinigt. (S. 9)

Börse: Die Anlagebereitschaft hat sich zum Wochenschluß verstärkt. WELT-Aktienindex 159,1 (158,2). Am Rentenmarkt war die Unternehmungslust gedämpft. BHF-Rentenindex 102,703 (102,691). Performance-Index 111,801 (111,756). Dollar-Mittelkurs 3,0963 (3,0762) Mark. Goldpreis je Feinunze 328,60 (330,60) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Sie verdrängen mit Ihren Beiträgen einen grundlegenden Tatbestand, den man nicht aus der Welt schaffen kann: Ihre Finanz- und Haushaltspolitik in den Jahren 1969 bis 1980 war ein Vorgriff in der Umverteilung, ein Vorgriff auf Wachstum, das überhaupt noch nicht stattgefunden hatte"

Finanzminister Gerhard Stoltenberg in der dritten Lesung des Bundeshaushalts an die SPD. FOTO: PHOTO NEWS/STUDIO X

KULTUR

Architektur: „Freiheit und Bindung" war das Thema des 13. Godesburger Gesprächs, in dem der Bund Deutscher Architekten versuchte, die Fragen der Baugestaltung neu zu stellen. Statt Selbstkritik gab es viel Schelte gegen Zeitgeist, Bodenordnung und Materialismus. (S. 31)

Malerei: Eine Ausstellung von Werken abstrakter Maler, die während der NS-Zeit als „entartet" diffamiert wurden, wird am 6. Dezember im Bundeskanzleramt in Bonn eröffnet. Ausgestellt werden unter anderem Werke von Max Ackermann, Willy Baumeister und Georg Meistermann.

SPORT

Schach: Nach dem Unentschieden gegen die UdSSR und dem Sieg über Spanien winkt den deutschen Damen bei der Mannschafts-Weltmeisterschaft in Saloniki die Bronzemedaille. (S. 15)

Ski: Nach neuen Schneefällen steht dem Weltcup-Start der Damen heute im französischen Cormayeur nichts mehr im Wege. Die Herren beginnen am Sonntag in Sestrière. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Künstliches Ohr: In den USA wurde ein „künstliches Ohr" zugelassen, mit dem Taube erstmals Geräusche wie Türklingeln, Autohupen und sogar Gesprächsfetzen hören können. (S. 32)

Verkehr: Zu Unrecht macht nach Ansicht von Experten die amtliche Unfallstatistik den Autofahrer für 83 Prozent aller Verkehrsunfälle verantwortlich. Menschliches Fehlverhalten komme nur für jeden zweiten oder dritten Unfall als Ursache in Frage. (S. 32)

Wetter: Überwiegend heiter, niederschlagsfrei. 7 bis 12 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Heute: Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte

Kohl zum Ost-West-Dialog: Ein gewisser Optimismus

Der Kanzler bemüht sich in den USA um Mäßigung im Stahl-Konflikt

wth./DW. Washington

Bundeskanzler Kohl sieht mit der Anknüpfung neuer Ost-West-Gespräche über die Abrüstung zwar einen „entscheidenden" Punkt erreicht, er möchte aber auf keinen Fall so weit gehen, in diesem Dialog bereits Signale eines Tauwetters zu sehen. In einem Fernseh-Interview unmittelbar vor seinem ersten Gespräch mit US-Außenminister Shultz schloß sich der Kanzler der Einschätzung an, wie sie unter anderem von NATO-Generalsekretär Lord Carrington gegenüber der WELT geäußert worden war, daß die Erwartungen über den Ausgang des angekündigten Treffens der Außenminister der USA und der Sowjetunion im Januar in Genf nicht zu hochgeschraubt werden dürften.

Kohl sprach in seinem angekündigten Treffen mit Präsident Reagan von einem ersten Anlauf zur Wiederbelebung des Ost-West-Dialogs. Er betrieb Motivforschung: „Es geht für die Russen auch darum, ihr Gesicht zu wahren." Allerdings rechtfertige die Tatsache, daß das Gespräch auf so hoher Ebene überhaupt stattfinden soll, „einen gewissen Optimismus".

Der Kanzler wurde in diesem Interview auf mögliche Differenzen zwischen den USA und der Bundesrepublik angesprochen und nannte sogleich das kürzlich verhängte Röhrenembargo, das mit Sicherheit in seinem Gespräch mit Reagan zur Sprache kam. Kohl spielte jedoch den Konflikt herunter mit den Worten: „Wir müssen erkennen, daß wir alle Partner sind und voneinander abhängig."

In einer gemeinsamen Erklärung des Kanzlers und des Präsidenten wird Moskau aufgefordert, sich an verstärkten Bemühungen zur Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses zu beteiligen. Kohl unterstützte ferner die Bereitschaft Reagans mit Kreml-Chef Tschernenko zu einer sorgfältig vorbereiteten Begegnung zusammenzutreffen.

Der Kanzler stieß bei seiner 20stündigen Blitzvisite in Washington im übrigen auf eine Administration, die im Augenblick voll mit innenpolitischen Problemen engagiert ist. Die Debatte über die Reduzierung des amerikanischen Budgetdefizits beherrscht seit drei Tagen die Szene. Noch vor seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler hatte Ronald Reagan am Freitag morgen eine längere Konferenz mit seinen engsten Budgetberatern.

Denn Ronald Reagan, dem in der Vergangenheit nicht zuletzt von seinen europäischen Bündnispartnern vorgeworfen worden war, daß er diesem Defizit zu gleichgültig gegenüberstehe, ist fest entschlossen, seine neue Amtszeit mit resoluten Sparmaßnahmen zu beginnen, deren Ziel es sein soll, das gegenwärtige Budgetdefizit von rund 200 Milliarden Dollar innerhalb der nächsten drei Jahre um die Hälfte zu reduzieren.

Diese Budgetdiskussionen haben auch die Tagesordnung des Kanzler-Besuches behelligt, denn in diese Spardebatte ist überraschend auch Verteidigungsminister Weinberger stark mit eingeschaltet.

Republikanische Mitglieder des Repräsentantenhauses sind der Meinung, daß einige dieser Sparmaßnahmen, die besonders im sozialen Bereich wirksam werden, nur zu rechtfertigen sind, wenn zugleich auch der Verteidigungshaushalt mit in diese Kürzungen einbezogen werde.

DER KOMMENTAR

Kohls Einblicke

HERBERT KREMP

Eine Annäherung sollte verzeichnet werden: Helmut Kohl und sein Vorgänger im Amte, Helmut Schmidt, bezeichnen den amerikanischen Präsidenten als „peacemaker", was gut deutsch Friedensstifter heißt. In der Politik der großen Mächte ist solches Stiften mit riskanten Unternehmungen des Hochalpinismus zu vergleichen. Denn nicht gefühlloses Friedensgerede bringt die Sowjets aus der Erdferne ihres Nachrüstungs-Zorns in die Verhandlungssäle zurück, sondern das Weltraum-Programm Ronald Reagans, das dem herkömmlichen „Gleichgewicht des Schreckens" die „strategische Abwehr" der nuklearen Bedrohung entgegensetzt. Darüber hat Bundeskanzler Kohl in Washington einiges erfahren.

Nach unserem Wissen hat sich vor dem europäischen Publikum niemand klarer und gedankenreicher über diese sensationelle Möglichkeit des Strategie-Wandels geäußert als General James A. Abrahamson, Leiter des US-Forschungsprogramms zur strategischen Abwehr, in dem heutigen WELT-Interview. Die Sternen-Dimension des militär-technologischen Unternehmens erklärt die sowjetische Beunruhigung und das sowjetische Verhandlungs-Interesse. Eine lange Periode diplomatischen Ringens steht bevor, mit dem verglichen die bisherigen Versuche, Probleme der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung zu lösen, einem Five o'clock tea entsprachen. Diesmal geht es welträumlich ums Ganze.

Schon während des amerikanischen Wahlkampfes hat der neue technologische Schub, der die Weltpolitik verändern kann, in Europa, insonderheit in der Bundesrepublik Deutschland, ein nachdenkliches Interesse geweckt. Hier neigt man zu der etwas komischen Ansicht, daß die Weltmächte entweder einander (und uns) die Köpfe einschlagen oder über unsere Köpfe hinweg sich einigen. Beides kann man in ein- und denselben Reden lesen, beides stimmt nicht, aber beides verwirrt.

Helmut Kohl kam in Washington die Aufgabe zu, der Politik des wiedergewählten Präsidenten das Vertrauen entgegenzubringen, das sie verdient und das Beziehungen fruchtbar macht. Die Amerikaner wagen einen großen Wurf. Sie rüsten zur Abwehr, mithin zum Frieden. Die Weise, in der sie es tun, enthält Gesprächsstoff bis mindestens zum Ende des Jahrhunderts.

Subventionsabbau wird wieder aktuell

Abschluß der Etatdebatte / Stoltenberg: Vor Beschlüssen über Reprivatisierung

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat zum Abschluß der viertägigen Haushaltsdebatte die auf Steuerentlastung und Subventionsabbau zielende Finanzpolitik der Bundesregierung gegen die Angriffe von SPD und Grünen verteidigt. In namentlicher Abstimmung nach der Dritten Lesung votierten von den voll stimmberechtigten Abgeordneten 250 für das Gesetz, 184 dagegen. Von den 22 Berliner Abgeordneten stimmten zwölf mit Ja und zehn mit Nein. Der Bundeshaushalt 1985, der gegenüber 1984 einen Anstieg der Ausgaben um 0,9 Prozent auf 259,3 Milliarden Mark vorsieht, kann nach dem zweiten Durchgang im Bundesrat am 20. Dezember pünktlich in Kraft treten.

In einer Rede umriß Stoltenberg die Regierungsvorhaben in der Steuer- und Subventionspolitik und verdeutlichte an Beispielen, daß die Sparmaßnahmen der Regierung auch bisher schon auf sozialen Ausgleich angelegt gewesen seien. Noch im Dezember sollen die Entscheidungen zur Privatisierung verschiedener Bundesbeteiligungen fallen. Mit dem Hinweis „Dem einen zu viel, dem anderen zu wenig" deutete Stoltenberg die koalitionsinternen Auseinandersetzungen an und sprach von notwendigen Vorabklärungen.

Der Minister will den Abbau vor allem von Steuersubventionen 1985 wieder in Angriff nehmen. Zusammen mit seinem Vorschlag über die Steuerreform hatte er im Frühjahr eine erste Streichliste präsentiert, die jedoch nicht in Kürzungsbeschlüsse umgesetzt worden war. Stoltenberg erklärte gestern, daß mit dem Schließen der Akte für ihn die Diskussion noch nicht abgeschlossen sei und appellierte an die SPD, den Abbau zu unterstützen und nicht – wie in den beiden letzten Jahren – jede Streichung mit Kritik zu begleiten.

Zu Beginn der Aussprache hatte Rudi Walther (SPD) die Ablehnung des Haushalts für seine Fraktion damit begründet, daß der Etat keinen ernsthaften Willen zur Sparsamkeit erkennen lasse, keinen Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit leiste und die Politik der sozial ungerechten Umverteilung fortsetze. In der Sperre von 48 Milliarden Mark für künftige Ausgaben (in Form von Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre nach 1985) sieht Walther eine Stärkung des Finanzministers im Kabinett. Er wertete sie jedoch gleichzeitig als Indiz dafür, daß dieser bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs den „überzogenen Vorstellungen der Fachressorts keinen erfolgreichen Widerstand" habe entgegensetzen können. Beispielhaft nannte er den Wehretat.

Der stellvertretende Ausschußvorsitzende Erich Riedl (CSU) sprach sich – wie die Unionsparteien bis 1982 in der Opposition – für eine lineare Subventionskürzung aus und verwies auf das erfolgreiche Beispiel der Schweiz. Für ihn zeigt der Bundeshaushalt 1985 den Willen der Regierung, „unseren Kurs der Solidität, Stetigkeit und Verläßlichkeit fortzuführen". Er nannte den Finanzminister das „Flaggschiff" der Regierung.

Seite 2: Konsolidierung

Bonn: Grenze wurde nicht durchlässiger

Co. Bonn

Die „DDR" hat, entsprechend einer Ankündigung von SED-Chef Erich Honecker, jetzt den letzten Selbstschußapparat an der Zonengrenze abgebaut. Sie hat jedoch gleichzeitig 500 Meter hinter der eigentlichen Grenze einen teilweise schon vorhandenen Schutzstreifen-Zaun mit Signalanlage von zwei auf drei Meter verbreitert oder neu eingerichtet; ferner sind im Grenzbereich noch 116 Bodenminen im Gebrauch. Darauf wies die Bundesregierung in Bonn hin.

Regierungssprecher Jürgen Sudhoff bezeichnete die Beseitigung der Selbstschußanlagen als einen „wichtigen Schritt zu weniger Gewaltanwendung an der innerdeutschen Grenze". Die Grenze sei damit jedoch nicht durchlässiger geworden. Wünschenswert seien eine Wegräumung der Bodenminen sowie jeder Verzicht auf Schußwaffengebrauch und andere Formen der Gewalt. Mehr Freizügigkeit für die Menschen in der „DDR" sei der einzige Weg, Vorfälle zu vermeiden, die immer wieder die innerdeutschen Beziehungen belasteten, betonte Sudhoff.

Wie der Regierungssprecher ferner bekanntgab, wird der neue Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble am Donnerstag kommender Woche erste Gespräche mit Vertretern der „DDR" führen; dazu gehören Außenminister Oskar Fischer und SED-Politbüromitglied Herbert Häber. Der Kontakt mit ihnen dient nach Angaben Sudhoffs dem persönlichen Kennenlernen. Schäuble wird auch Bonns Ständige Vertretung in Ost-Berlin besuchen.

Seite 2: Mehr Menschlichkeit?

Kultusminister warnen vor Lehrerstudium

hrk. Berlin

Angesichts fast halbierter Schülerzahlen bis in die 90er Jahre haben die Länderkultusminister gestern in Berlin ihre dringende Warnung vor einem Lehrerstudium in den nächsten Jahren bekräftigt. „Diese Warnung kann gar nicht ernst genug genommen werden", sagte Präsident Oschatz. Mit Neueinstellungen sei über den Ersatz von Pensionären hinaus kaum zu rechnen.

Nach einer KMK-Statistik werden die Schülerzahlen von 1985 bis zum Jahr 2000 drastisch zurückgehen und 1992 mit 8,3 Millionen Schülern den tiefsten Stand erreichen. Um die Jahrtausendwende sei mit 8,7 Millionen Schülern zu rechnen, danach müsse ein weiteres Absinken einkalkuliert werden. 1994 werde es mit 620 000 Schulabgängern fast 40 Prozent weniger als 1983 geben. Die Abiturientenzahl werde von 1983 bis 1997 um 38 Prozent auf knapp 190 000 fallen.

Die Bundesländer wollen den Kindern von „DDR"-Übersiedlern, die mit dem westlichen Schulsystem vor allem bei den Sprachen große Probleme haben, „großzügig entgegenkommen und jede mögliche Hilfestellung" geben. Präsident Oschatz sagte, Englisch oder Französisch könnten durch das drüben erlernte Russisch als erste Pflichtfremdsprache ersetzt werden. Berlins Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien berichtete jedoch, „DDR"-Oberschüler, die nach West-Berlin kämen, lehnten es fast durchweg ab, weiterhin Russisch zu lernen.

Libyen bildet Maltas Soldaten aus

DW. Valletta

Libyen und Malta haben nach Angaben der maltesischen Regierung einen Fünfjahresvertrag über sicherheitspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. In dem Vertrag verpflichten sich beide Seiten, keinem Militärbündnis beizutreten, das gegen die Sicherheitsinteressen des anderen Vertragspartners gerichtet ist.

In dem Abkommen versichert Malta, keine fremden Militärstützpunkte zu erlauben und auch nicht zuzulassen, daß die Insel militärisch gegen Libyen genutzt wird. Im Gegenzug will Libyen die Neutralität Maltas respektieren und „im Falle von Drohungen oder Akten der Aggression" Beistand leisten, wenn Malta dies ausdrücklich wünsche. In einem Zusatzprotokoll sichert Libyen die Ausbildung maltesischer Soldaten in Libyen oder auf Malta zu.

Seite 5: Sorgen in Malta

Stoph besteht auf „Respektierung"

DW. Ost-Berlin

Die „DDR" hat am Freitag ihre Forderung nach einer „völligen Respektierung" ihrer Staatsbürgerschaft und der Umwandlung der Ständigen Vertretungen in reguläre Botschaften bekräftigt. Bei der Vorlage des Volkswirtschaftsplans und des Staatshaushaltsplans 1985 erklärte Ministerpräsident Willi Stoph vor den Abgeordneten der Volkskammer, es sei an der Zeit, daß diesen „berechtigten Forderungen" der „DDR" Rechnung getragen würde. Dazu gehörten auch die Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter und eine einvernehmliche Regelung der Elbgrenze.

Stoph unterstrich vor der Volkskammer die Bereitschaft der „DDR" zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland. Die Politik Ost-Berlins orientiere sich an den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zu der es keine Alternative gebe.

Kohlestreik: Taxifahrer getötet

fu. London

Bei den Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik in Großbritannien ist ein Taxifahrer getötet worden. Unbekannte hatten von einer Brücke einen fast ein Meter langen Betonpfosten auf ein Taxi geworfen, das einen arbeitswilligen Kumpel zu dessen Zeche in Südwales fahren sollte. Der Chauffeur erlag noch an der Unfallstelle seinen schweren Verletzungen. Der Fahrgast hingegen blieb wie durch ein Wunder unverletzt.

Der Kumpel ist einer von zwei Bergleuten, die in dieser Zeche wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt sind. Der Taxifahrer hatte sich freiwillig gemeldet, arbeitswillige Bergleute im Auftrag der Kohle-Behörde zur Zeche zu fahren. Premierministerin Thatcher erklärte dazu, nach diesem Zwischenfall könne niemand mehr guten Gewissens den Kohlestreik unterstützen.

Berliner Genossen träumen von Lafontaine

F. DIEDERICHS, Berlin

War es wirklich nur „persönliche Freundschaft", die den ehemaligen Berliner SPD-Spitzenkandidaten Harry Ristock dazu bewogen hatte, Oskar Lafontaine aus dem Saarland nach Berlin einfliegen zu lassen, fünf Jahre nach dessen letztem Berlin-Besuch? Der Oberbürgermeister von Saarbrücken redete und diskutierte mit den Berliner Genossen drei Stunden lang.

Dann, als er mit Ristock in die Kneipe neben das Rathaus von Berlin-Charlottenburg gezogen war, stellte im schon leeren Vortragssaal die letzte Schar der Zuhörer die Frage des Abends: Hatte es sich der mit ostpreußischer Bauernschläue gesegnete Ristock nicht nehmen lassen, den Parteifreunden seines Kreises vor dem Wahltag am 10. März 1985 noch einmal richtig vor Augen zu führen, welchen Ballast sich die Partei mit dem Spitzenkandidaten Hans Apel aufgeladen hat? Ein Mann wie Lafontaine, so resümierten nicht nur die Jungsozialisten im Saal, hätte der angeschlagenen Berliner SPD wohl besser zu Gesicht gestanden als der vielen Genossen zu rechte Parteisoldat Apel.

Obwohl nicht unbekannt, verfehlten die Thesen des saarländischen Gastes nicht die Wirkung vor dem im Berliner Spektrum links angesiedelten SPD-Kreisverband: Ausstieg aus der Atomwirtschaft, einseitige Abrüstungsinitiative des Westens, atomwaffenfreie Zone in beiden Teilen Deutschlands. Heftig beklatscht vor allem die Prämisse Lafontaines für eine Zusammenarbeit mit Grünen und Alternativen. Die Bereitschaft der anderen Seite, Verantwortung zu übernehmen, müsse vorhanden sein.

Ristock hatte Lafontaine als Mann vorgestellt, der Beweis für die Möglichkeiten in der SPD sei, „von vorn anzufangen und Positionen neu zu bestimmen". Hans Apel – er war nicht unter den Gästen – müßten da die Ohren geklungen haben: Schon heute ist sein Marktwert bei den Berliner Genossen querbeet allein deshalb gesunken, weil er trotz ungünstiger Wahlkonstellation weiterhin mit Vehemenz gegen Alternative zu Felde zieht und diese als „Fundamental-oppositionelle" abkanzelt – ein Verhalten, das selbst gesprächsbereiten AL-Mitgliedern an der Spree jeden Appetit auf noch so dünne Kontaktfäden genommen hat. „Ist die Partei noch mobil, veränderbar", als Beantwortung dieser Frage hatte Ristock den Freund Lafontaine präsentiert – lebendes Gegenbeispiel zu einer mangelhaften Mobilität Apels?

Anwort geben können auch Stimmen aus der Parteibasis. Da wurde die Meinung Lafontaines bejubelt, die Wahlen in Berlin und im Saarland müßten Quittungen sein für die Wendepolitik in Bonn, welche die Lasten für die sozial Schwächeren erhöht habe.

Im „Bürgersaal" vermied Lafontaine allzu harsche Worte beim Thema Hessen, schonte Börner und attackierte die Grünen: „Wer den Ausstieg aus der Plutonium-Wirtschaft will, erreicht dies nicht durch Ausstieg aus der Verantwortung." Auch das unter Berliner Sozialdemokraten gängige Reizwort „NATO-Apel" lockte ihn kaum aus der Reserve: Höflichkeit gegenüber einem Mann, der nicht im Saale saß, aber auch nicht vermißt wurde.

Versteckte Drohung der „DDR" an Berliner Senat

Häber: Zukunft der Stadt hängt von guten Beziehungen ab

hrk. Berlin

Ein führender SED-Funktionär und enger Mitarbeiter des Staats- und Parteichefs der „DDR", Erich Honecker, Politbüromitglied Professor Herbert Häber, hat die Politik des Berliner Senats gegenüber der „DDR" kritisiert. Dies ist innerhalb weniger Wochen das dritte Mal, daß Ost-Berlin die politische Linie des Senats unter der Führung des Regierenden Bürgermeisters, Eberhard Diepgen, rügt.

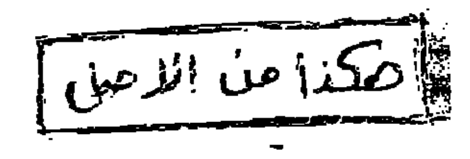
Bei der Zusammenkunft mit einer SEW-Delegation aus dem Westen der Stadt versicherte Häber, der im Politbüro für die innerdeutschen Beziehungen zuständig ist, Ost-Berlin betrachte die „Entwicklung der Beziehungen und eine sachliche Zusammenarbeit" mit West-Berlin als festen Bestandteil ihrer Politik der friedlichen Koexistenz.

Wörtlich fügte Häber, zugleich Sekretär des Zentralkomitees der SED, hinzu: „Viel wird zum Nutzen der West-Berliner von seiten der DDR getan. Um so befremdlicher ist es, wenn man sich in jüngster Zeit im Schöneberger Rathaus häufig im Ton vergreift." In der „DDR" frage man sich, „was sich der Senat eigentlich davon erhofft".

Es dürfte sich „herumgesprochen" haben, sagte Häber mit forderndem Unterton, „daß Berlin (West) nur eine gesicherte Zukunft hat, wenn es eine Politik verfolgt, die dem Vierseitigen Abkommen entspricht und allseitig gute vertragsgerechte Beziehungen zur DDR unterhält."

Häber plädierte gleichzeitig mit einer bisher nicht verwendeten Formulierung für eine „Zusammenarbeit in neuen Dimensionen".

Die Schelte des ranghohen SED-Funktionärs an dem von Christdemokraten und Freidemokraten gestellten Senat ist eine neue Variante, da die bisherigen Erklärungen gegen Diepgen oder Stellungnahmen der SED zur Politik des Senats lediglich vom amtlichen Nachrichtendienst der „DDR", ADN, vorgetragen worden waren. Bemerkenswert ist daher, daß sich nunmehr ein SED-Spitzenfunktionär über den Senat geäußert hat.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mehr Menschlichkeit?

Von Lothar Schmidt-Mühlisch

An der innerdeutschen Grenze wird nicht mehr „automatisch" geschossen. Gestern beseitigte die „DDR" die letzten Selbstschußanlagen vom Typ SM 70. Die Bundesregierung beeilte sich, diese Maßnahme als einen „Schritt zu mehr Menschlichkeit" zu begrüßen.

Diese Formulierung allein ist schon schrecklich. Sie zeigt an, wie sehr wir uns schon an die „Normalität" gewöhnt haben, daß in Deutschland Menschen für den, weiß Gott, nicht ungewöhnlichen Wunsch erschossen werden, dort leben zu wollen, wo es ihnen gefällt. Wie reagierte wohl ein Gefolterter, wenn man ihm sagte, es sei bereits „menschlicher", wenn ihm künftig Stromstöße nur noch über drei statt vier Elektroden verabreicht würden?

Fragen wir uns, wie die besagte Humanität an der innerdeutschen Grenze wirklich aussieht. Die Zäune wurden fünfhundert Meter ins Hinterland verlegt, zugleich um einen Meter erhöht und mit optischen wie akustischen Signalanlagen versehen. Mit anderen Worten: Jeder Fluchtversuch wird weit vor der Grenze entdeckt. Die Grenztruppen haben Zeit zum Einsatz und obendrein noch freies Schußfeld.

Vergessen wir auch nicht, daß 176 Bodenminen jedem Flüchtling den Weg versperren. Mindestens fünfzig Menschen, soviel jedenfalls ist aktenkundig, wurden mit den Selbst-Schußanlagen verletzt oder getötet. Glaubt jemand im Ernst, sie wären ohne Todesautomaten verschont geblieben? Und kann die Bundesregierung wirklich vermuten, die „DDR" würde auch nur im Traum daran denken, ihre Grenze „unsicherer" zu machen?

Der Schießbefehl ist nicht aufgehoben. Es ist bitter, auf so etwas überhaupt hinweisen zu müssen: Ob ein Flüchtling von Automaten oder von Menschen erschossen wird – das ändert an seinem Schicksal überhaupt nichts. Aber es vernebelt das öffentliche Bewußtsein, und es vernebelt auch jede Möglichkeit eines Unrechts-Bewußtseins auf der anderen Seite, wenn man da von „mehr Menschlichkeit" redet. Wem ist mit solchen Verbalakten gedient? Sieht man darin etwa menschliche Erleichterungen?

OAS als Zuschauer

Von Günter Friedländer

Argentiniens Präsident Alfonsin hat beim Volksentscheid über den „Friedens- und Freundschaftsvertrag" mit Chile ein überwältigendes Vertrauensvotum erhalten: 81 Prozent der Wähler gaben ihm ihr „Ja". Der Vertrag, der den gefährlichen Konflikt am Beagle-Kanal beendet, ist unterschrieben.

Während der Vorbereitung des Volksentscheids hielt die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Brasilia ihre kaum bemerkte Vollversammlung ab. Die OAS wurde 1948 bei der 9. panamerikanischen Tagung in Bogotá gegründet, u. a. um Konflikte amerikanischer Länder friedlich zu lösen, die kollektive Sicherheit der drei Amerikas zu garantieren und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern.

Der Beagle-Vertrag ist nur ein Beispiel für die Ohnmacht der OAS. Der Vertrag ist nicht ihr, sondern vom Vatikan vermittelnden bilateralen Verhandlungen zu verdanken. Die Tagesordnung der OAS ist ein Katalog latenter Probleme, zu deren Lösung Resolutionen der OAS nicht beitragen.

Venezuela und Kolumbien führen bilaterale Verhandlungen über ihren Grenzkonflikt. Kolumbiens Betancur vermittelt bei bilateralen Gesprächen zwischen Bolivien und Chile über Boliviens Zugang zum Meer. Die Contadoragruppe verhandelt über Mittelamerika. Mexiko trug dazu bei, den Streit zwischen Guatemala und Belize zu entschärfen. Die USA befreiten zusammen mit einigen karibischen Inselstaaten Grenada von seinen kommunistischen Herrschern.

Die OAS sah sich überall so ohnmächtig wie während des Falkland-Krieges. Sie hat ebenso wenig zum Abtragen des lateinamerikanischen Schuldenberges beitragen können.

Die Mitgliedstaaten sehen, daß altmodische Diplomatie den Ländern besser dient als internationale Mammutorganisationen, in denen die Probleme zerredet und mit Abstimmungen Unbeteiligter nur vertagt werden. Manche fragen sich, wozu man die OAS braucht. Der romantische Panamerikanismus war in der Euphorie der ersten Nachkriegsjahre verständlich. In der Praxis aber erwies er sich als Utopie, auch wenn die Bürokratie der OAS deren Auflösung nicht zulassen will.

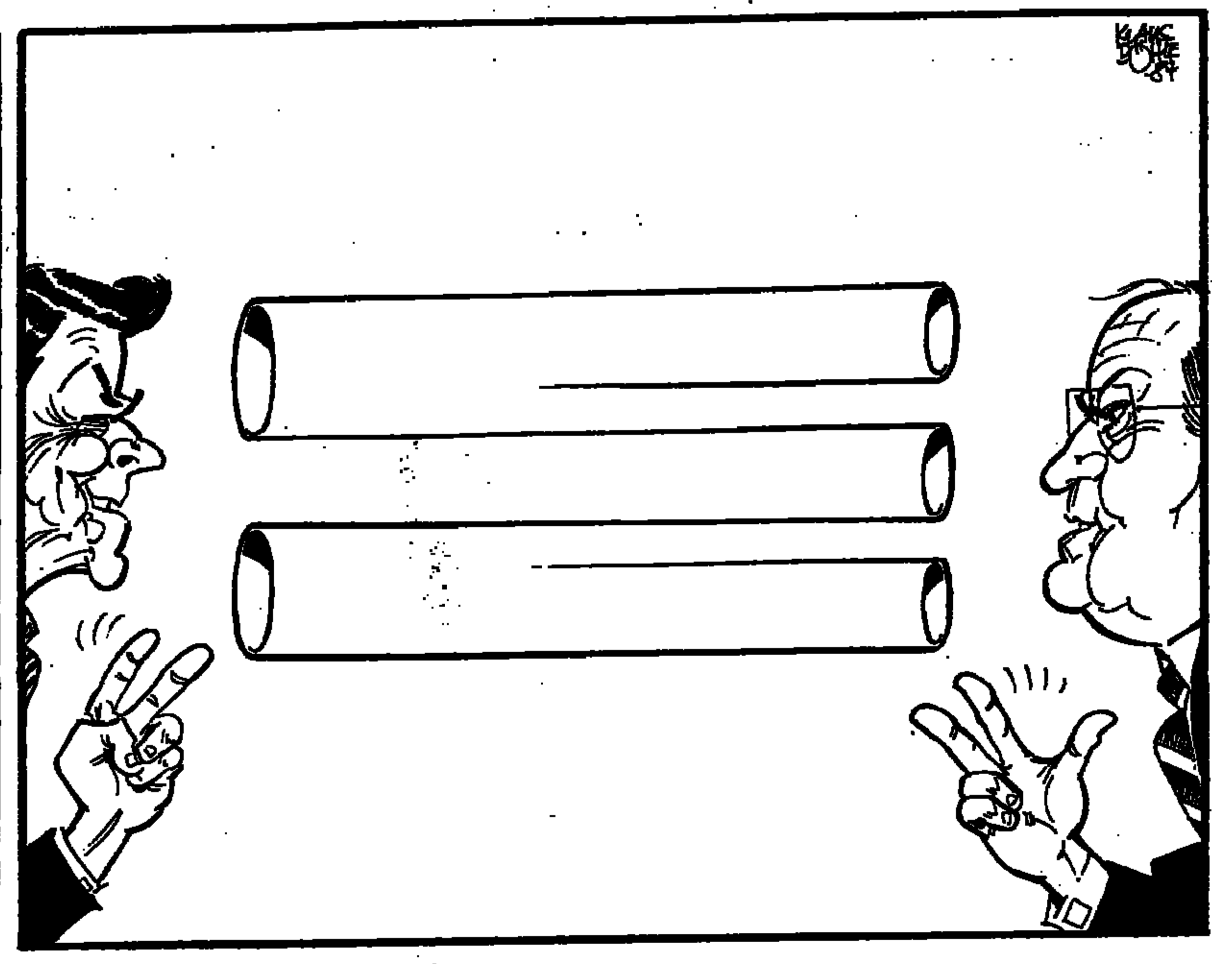
Bundes-Schätzchen

Von Enno v. Loewenstern

Um zu enden meine Schmerzen, ging ich einen Schatz zu graben. Meine Seele sollst du haben, schrieb ich hin mit eig'nem Blut ... Des deutschen Dichters Wort versteht man in Spanien, dessen Politik über Jahrhunderte an der Suche nach Gold und Silber orientiert war. Hat nicht Cortez, um die Majestät seiner (rechtlich etwas zweifelhaft fundierten) Expedition gnädig zu stimmen, Karl V. anstelle des königlichen Fünftels den gesamten Gold-, Silber- und Juwelenschatz überlassen, den Montezuma ihm gleich nach der Landung schickte? Wurde nicht der Ruhm des Cortez von dem Ruhm des einstigen Schweinehirten Pizarro überschattet, als der noch mehr Gold beibrachte?

Die Zeiten ändern sich. Als die Nachricht nach Spanien drang, auch die SPD habe einen Schatz übermittelt, den ihr ein großer Herr spendete, um sie gnädig zu stimmen – freilich im Koffer des Schatzmeisters Wischnewski, aber was bedeutet schon fehlende Romantik, wenn's nicht am Gelde fehlt –, da reagierte die iberische Öffentlichkeit ungehalten. Flugs setzte die Sozialistische Partei einen Untersuchungsausschuß ein, um zu klären, ob sie ihren Wahlsieg Flick verdankt. Jetzt muß Wischnewski ran und schwören, daß er den Genossen nicht geholfen habe. Und auch Struck, der Kohl riet, sich warm anzuziehen. Kalt pfeift der Wind von der Sierra; vielleicht hat Kohl ein paar wollene Unterhosen für den schnellzüngigen SPD-Kollegen übrig – der nämlich hat die Geschichte vom Wischnewski-Koffer erzählt.

Zurück nach Deutschland, dem neuen Wunderland der Schatzgräber. Gerade wird bekannt, daß einer dieser Chlorophyll-Tugendwächter, Josef Leinen (freilich eingeschriebenes SPD-Mitglied in grün) mit seinen Abrechnungen bei einem anderen Spender, Vater Staat, in Verzug geraten ist. Da hat er sich unter anderem etliche Tausender aus Zuschüssen für „inhaltliche und organisatorische Vorbereitungen des Kohle-Kongresses" sowie für Referate dortselbst bewilligt, wo man doch immer glaubte, da sei der bargeldlose Idealismus am Werk. Schelten wir ihn nicht. Was heißt hier Seele. Bei einem Kohle-Kongreß muß man doch Kohle machen dürfen.



Durch die Röhren KLAUS BÖHLE

Überfällige Reform-Reform

Von Joachim H. Knoll

Durch die Universitäten gellt wieder der Ruf der Entrüstung und des Widerstandes. Es geht, wie vor Jahren schon einmal, um das Hochschulrahmengesetz, dessen Novellierung die Bundesministerin Dorothee Wilms umsichtig voranzubringen sucht. Dieser Versuch, Unzulänglichkeiten zu korrigieren und neue Akzente in liberal-konservativem Geist zu setzen, gehört zu den wenigen beachtenswerten Reformvorhaben größeren Zuschnitts – Reform einer Reform, allerdings.

Im Jahre 1976 wurde das Hochschulrahmengesetz erlassen, durch das die Personal-, die Organisationsstruktur (Gesamthochschulen) und die Formen der Drittmittelforschung neu – eben im Sinne der sozialliberalen Leitvorstellungen – geordnet wurden. Seither ist die Kritik nicht verstummt. Die nachfolgenden Landesgesetze – das letzte 1980 in Nordrhein-Westfalen – und die sich darauf stützenden Grundordnungen der Universitäten haben einen erheblichen Bezeichnungs- und Organisationswirrwarr hervorgerufen. Zum Reformgesetz („Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes") vom 9. November 1984 ist die Sprache der Kritiker verräterisch; so wird von den Aufbaustudiengängen als von „Steilkursen" gesprochen und die Stimmenmehrheit in den Gremien für die Professoren wird schlicht als „Entdemokratisierung" denunziert. Da genügen einige Anmerkungen, um deutlich zu machen, woher die Aufgeregtheit und der verbale Aktionismus ihre Schubkraft beziehen.

Zunächst wird die „Gesamthochschule als institutionelles Leitbild der Hochschulpolitik aufgegeben"; die Verschmelzung von Universität und Fachhochschule hat die Bewährungsprobe nicht bestanden. Vor allem ist dabei den Fachhochschulen der eigenständige und praxisdienliche Charakter genommen worden. In einem weiteren Punkt wird für „mehr Autonomie für die Hochschulen" plädiert – die Botschaft hör' ich wohl ... Hier sind in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg so starke bürokratische Strukturen für die Universitäten gezimmert worden, auch sind die Hochschulen zu Großorganisationen angeschwollen, die ohne kameralistische Reglementierungen gar nicht mehr funktionieren können, so daß die Novellierung kaum die Autonomie wiederherstellen kann. Da wird's gewiß etwas Spielraum geben bei der Entwicklung von eigenwilligen Studienkonzepten, aber viel mehr nicht.

Daß man die Studienreformkommissionen, die in den Universitäten nicht mehr wahrgenommenen Hersteller von bedrucktem Papier, abschafft – freilich mit einer Gnadenfrist –, ist nur Konsequenz einer selbstgenügsamen Überflüssigkeit.

Bei der Personalstruktur greift die beabsichtigte Reform tiefer, freilich war sie da am ehesten erforderlich. Vor allem den Mitarbeitern, den früheren Assistenten, hat das Hochschulgesetz nicht mehr Freiheit, sondern nur Beschränkung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten eingebracht. Diese Gruppe wurde in zwei Funktionsträger aufgegliedert: Die Hochschulassistenten und die wissenschaftlichen Mitarbeiter. Erstere, so könnte man allgemein sagen, sind die Luxusklasse der Mitarbeiter, mit sechsjährigen Verträgen und zur akademischen Qualifikation weitgehend freigestellt; die wissenschaftlichen Mitarbeiter hingegen – im Angestelltenstatus mit vierjährigen Verträgen – sollten im wesentlichen zuarbeiten. Daß vielerorts diese törichte Trennung nicht eingehalten wurde, spricht auch dafür, daß die „Ordinarienmentalität" nicht mehr ein durchgängiges Merkmal universitärer Wirklichkeit ist.

In Zukunft wird es wieder – man möchte sagen, daß auch die Tradition noch gottlob vernünftige Einsicht vermitteln hilft – den wissenschaftlichen Assistenten geben, „bei dem Dienstleistungs- und Qualifikationselemente zusammenkommen" und der auch wieder einem Hochschullehrer zugeordnet ist. Der, wiederum, muß sich dann auch zur Betreuung verpflichten. Zudem werden Oberassistentenstellen – auch auf Zeit – eingerichtet, um jenen Habilitierten, die über keine Absicherung, etwa im öffentlichen Dienst, verfügen, noch einige Jahre der Weiterqualifikation an der Hochschule zu ermöglichen. Aber es muß in diesem Zusammenhang denn auch ohne Beschönigung gesagt werden, daß – nicht zuletzt wegen der „ungünstigen" Alterspyramide, „ungünstig" eben für den Nachwuchs – die Chancen zur Beschäftigung auf Lebenszeit in der Universität derzeit sehr gering sind; erst Ende der neunziger Jahre wird es besser.

Die Drittmittelforschung, das heißt die Finanzierung von Forschungsvorhaben außerhalb der Universitätshaushalte, wird endlich vom Geruch des nahezu Unerlaubten befreit. Die ärgerliche Antithese, universitätsgeförderte Forschung sei seriös, Drittmittelforschung windig oder an die Weisungen des Geldgebers angepaßt, stammt aus der ideologischen Mottenkiste; vielmehr gilt wohl, daß das Ausmaß an Drittmittelforschung auch ein Gradmesser für die Reputation einer Universität und ihrer Forschungskapazität ist.

Und schließlich bekennt sich die Novellierung zur Förderung von Hochbegabungen. Was eigentlich soll daran so schlimm sein, wenn man die Universität immer noch als eine wesentliche Stelle der Elitenförderung begreift? In vielen Studienordnungen der Jahre vor und nach der „Reform" war von „Aufbau- oder Doktorandenstudiengängen" die Rede. Aber auf derlei Deklamationen ist kaum je etwas Geeignetes gefolgt.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Joachim H. Knoll lehrt Pädagogik an der Ruhr-Universität Bochum FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Willie Hamilton

Wider die Windsors

Von Siegfried Helm



Aber ein kleines Geschäft mit der Royal Family möchte schon sein: Abgeordneter und Buchautor Hamilton FOTO: AP

Rebellierende Heißsporne mausern sich gern zu Establishment-Säulen. Diese politische Lebensregel bestätigt Willie Hamilton – als Ausnahme. Seit nunmehr vierunddreißig Jahren löckt er im Unterhaus wider den Stachel. Jetzt hat der 67jährige ehemalige Schullehrer wissen lassen, daß er bei der nächsten Wahl nicht mehr kandidieren wolle. Er, der ein politisches Leben lang in England die Republik ausrufen wollte.

Diese Ein-Mann-Fraktion in der Labour-Fraktion ist ein personifiziertes Paradoxon der englischen Parlamentsgeschichte der Nachkriegszeit. Hamilton machte Front gegen die britische Verfassung, denn die sieht nun einmal, wiewohl ungeschrieben, die konstitutionelle Monarchie vor. Und das machte er als staatstragendes Element im Unterhaus.

Nach Ex-Premier James Callaghan ist er der dienstälteste Labour-Abgeordnete. Sein Steckenpferd: Bei jeder Apanage-Erhöhung erhob er Stimme und Zeigefinger und wetterte gegen die seiner Ansicht nach so teure wie überflüssige königliche Familie: „Die sollte man samt und sonders arbeitslos machen, damit sie anschließend nützliche Berufe ergreifen".

Hamilton kämpfte ein Leben lang auf verlorenem Posten. Als sich dann die Windsors gar mit einer lieblichen Märchenprinzessin verjüngten, wurde Willie erst recht zum Rufer in der Wüste. Doch hat er auch Sinn für Selbstironie, dieser Bergarbeitersohn aus Durham, dem oft schottischer Geiz als Motiv für seinen König-Kahlschlag unterstellt wurde, weil er einen Wahlkreis im schottischen Fife vertritt: Bei der Taufe von Prinz William meinte er, er fühle sich durch die Namenswahl geehrt.

Willie Hamilton wird in die Parlamentsannalen als der sprichwörtliche Sand im Getriebe eingehen, als ein Auf-der-Stelle-Treter, denn selbst die roten und rosaroten Genossen haben nie im Ernst daran gedacht, den Thron in der Rumpelkammer der Geschichte verschwinden zu lassen. So mußte Hamilton sein Fähnlein allein tragen. Und das tat er mit Verve und Wortgewandtheit. So sagte er über Kronprinz Charles: „Der kann der größte Einfaltspinsel der Welt sein und wird es dennoch eines Tages zum König bringen. Seine Anlagen reichen allenfalls zur Mittleren Reife." Über die Queen: „Sie ist wie eine Aufziehpuppe und von gewöhnlichen Menschen so weit entfernt wie die äußeren Planeten." Im Fernsehen bescheinigte er ihr obendrein „beschränkten Intellekt".

Prinzessin Margaret beschimpfte er als „ausgehaltene Frau" und Prinzessin Anne „als verdammte Schnorrerin". Als sie heiratete, warf er ihr hinterher, daß man ihr zum Hochzeitstag noch eine „Lohnerhöhung" von 100 000 Mark gegeben habe: „Und wofür? Damit sie reitet." So erstaunt es nicht, daß viele Engländer Hamilton am meisten seinen mangelnden Sinn für fair play verübeln, denn die von ihm Gebeutelten können sich ja nicht wehren – dann wären sie keine Denkmäler mehr.

Dieser Dorn in königlichem Fleisch ist mit den Jahren durch Integration kaltgestellt worden. Sein Geschrei wurde ein Ritual, Willie Hamilton eine Institution. Die königstreuen Engländer haben sich an den Verächter der Krone gewöhnt und belächeln ihn freundlich als „Good old Willie". Als Rentner will er noch ein zweites Buch wider die Königlichen schreiben. Dessen Erfolg ist ihm schon heute sicher. Willie Hamilton ändert sich so wenig, wie gewiß ist, daß er nie Gelegenheit erhalten wird, seine Erhebung zum Lord dankend abzulehnen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Economist

Die Londoner Wirtschaftszeitung fragt: „Warum so mißmutig, Deutschland?"

Ist Helmut Kohl, Westdeutschlands schwerfälliger und bequemer Kanzler, in Gefahr? Sind die Anti-Establishment-Grünen, nichtbetroffen vom Flick-Schmutz, imstande, seine Mitte-Rechts-Koalition zu kippen? ... Die Antwort auf diese Fragen sollte ein starkes Nein sein. Kohls Wahlsieg im März letzten Jahres war ein Votum gegen Stagflation und gegen die Anti-Atom-Bewegung. In diesen Beziehungen macht sich Kohl gut ... Es gibt wenig Gründe anzunehmen, daß die Mehrheit der Westdeutschen ihre Meinung über ihn seit letztem Jahr geändert hat.

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung übt Kritik am Bundeskanzler:

Helmut Kohl ist seit Ludwig Erhard unbestreitbar der Kanzler, der am wenigsten beeindruckt. Trotzdem hält er sich für den wahren Erben von Konrad Adenauer, dem größten Politiker der kurzen, aber insgesamt beachtenswerten Liste westdeutscher Kanzler. Seit Kohl mit der Zusage einer Wende einen stattlichen Wahlerfolg erzielt hat, verbrachten er und seine Regierung die meiste Zeit mit langen Ausrutschern auf einer Reihe von Bananenschalen. Er scheint nur zu überleben, weil er nicht daran glaubt, daß das System, das ihn hervorbrachte, in eine Vertrauenskrise geraten ist. Auf dieser Grundlage werden auch noch so viele außenpolitische Schwierigkeiten oder Rückschläge bei Wahlen (weitere werden im Frühjahr erwartet) keine Rücktrittsgedanken aufkommen lassen.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie warnt die Regierung vor Selbstüberschätzung:

Die klare Linie der bundesdeutschen Außenpolitik unter der Koalition der Mitte hat Bonns internationales Gewicht beträchtlich gestärkt und die Bundesrepublik für die USA wieder zu einem verläßlichen Partner werden lassen, wovon schließlich nicht nur ein gutes Verhältnis der beiden Staaten zueinander, sondern schlicht und ergreifend unsere Zukunft abhängt. Dennoch sollten der Kanzler und sein Außenminister sich vor der Illusion hüten, in den USA Weltpolitik betreiben zu können. Ganz sicher hat Bonner Besonnenheit und wohl auch manches Gespräch hinter den Kulissen die Bereitschaft der Supermächte gefördert, wieder miteinander zu reden. Mehr aber nicht. Und wie diese Verhandlungen schließlich laufen werden, darüber entscheiden ausschließlich die Interessen der „Großen".

Konsolidierung: Nicht entschuldigen, sondern fortsetzen

Wenn die Opposition von Alternativen redet / Von Heinz Heck

„Wir zeigen Ihnen Alternativen auf!" donnerte der Jung Siegfried der SPD, Volker Hauff, in den Saal. Auch am vierten und letzten Tag der Haushaltsdebatte konnte man sich manchmal noch wundern, wie Politiker wie Hauff, oder tags zuvor Frau Fuchs mit Tremolo in der Stimme, die Regierung auf fundamentale Versäumnisse und Fehler hinzuweisen versuchten. Was, beispielsweise, hat der umweltbewußte Hauff in der Regierungsverantwortung als Forschungs- und Verkehrsminister getan, während die USA und Japan Mitte der siebziger Jahre mit der Einführung schadstoffarmer Autos Zeichen setzten? Damals, als wir noch mehr Zeit hatten?

Von ernst zu nehmenden Alternativen der Opposition war in diesen Tagen wenig zu spüren, aber viel von dem Bemühen, die eigenen Fehler in dreizehnjähriger Regierungsarbeit vergessen zu machen. Finanzminister Gerhard Stoltenberg brachte es gestern auf den Punkt: Der entscheidende Fehler der sozialliberalen Ära war der Vorgriff in der Umverteilung auf ein Wachstum, das noch gar nicht stattgefunden hat. Dieser Vorgriff wird die Finanzpolitik noch auf Jahre bestimmen, am deutlichsten bei den Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte. Stoltenberg rechnete vor, daß bei einer Fortsetzung der bis 1982 verfolgten Schuldenpolitik in dreizehn bis vierzehn Jahren die Hälfte der Steuereinnahmen allein für Zinsen aufzuwenden gewesen wären.

Aber trotz der unbestrittenen Erblast zum Beispiel in der Schulden-, der Renten- und der Umweltpolitik zahlen sich Hinweise der Regierungsparteien darauf immer weniger aus. Die neue Koalition ist vor allem gewählt worden, um eine andere Wirtschaftspolitik zu machen. Der Sachverständigenrat gab in der Vorwoche mit seinem Befund der Regierung zwar ausgezeichneten Rückhalt für die Haushaltsdebatte, aber er kritisierte auch, daß die Perspektiven für die kommenden Jahre zu wenig deutlich gemacht würden. Darauf sollten sich Bundesregierung und Koalitionsfraktionen künftig stärker konzentrieren und sich überflüssige Steuerdiskussionen schenken. Nur die oberlehrerhafte Art von Hans-Jochen Vogel brachte die Opposition um den publizistischen Erfolg, den sie bei geschickterer Präsentation aus diesem Streit hätte verbuchen können.

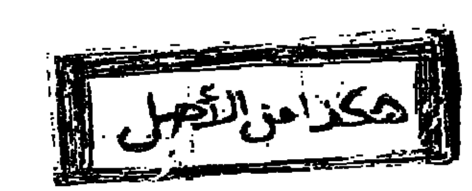
Die Folgen des brain drain in der SPD werden immer sichtbarer: Seit Politiker wie Helmut Schmidt, Hans Matthöfer und Manfred Lahnstein nicht mehr das Wort ergreifen, gar den Bundestag verlassen haben (Lahnstein), fällt es der SPD immer schwerer, Konturen zu zeigen. So werden zum Beispiel die einander zum Teil ausschließenden Vorstellungen in Bund und Ländern zur Steuerreform nur deshalb von einer breiteren Öffentlichkeit nicht wahrgenommen, weil sie politisch derzeit ohne Belang sind.

Aber eines zumindest hat die Haushaltsdebatte deutlich gezeigt: Eine Steuerreform, die den Namen verdient, ist mit der SPD in ihrer jetzigen Verfassung nicht zu machen. Nicht, wenn selbst Politiker wie Hans Apel unter Hinweis auf die unterschiedlichen Auswirkungen der Steuerreform von „Betrug am Wähler" sprechen.

Es hängt eben nicht mit Politik, sondern mit Adam Riese zusammen, daß Progressionsschäden nicht dort repariert werden können, wo die Progression nicht greift. Die Koalition hat noch eine Menge Überzeugungsarbeit zu leisten, um diese komplizierten Zusammenhänge den Betroffenen zu erläutern. SPD und Grüne werden mit Holzschnittarbeit für den nötigen (?) Knüppel sorgen.

Immerhin kann die Bundesregierung, wie es Stoltenberg gestern geschickt getan hat, sozialistische Kronzeugen zum Beispiel aus Frankreich und Österreich dafür bemühen, daß Abbau der Steuerlast beim Bürger wie beim Unternehmen den Weg aus der Sackgasse weisen, in die die SPD seinerzeit führte – wenn auch der Lernprozeß der SPD in der Opposition mehr Zeit erfordert als der der französischen Sozialisten in der Regierung. Stoltenberg wanderte heute nicht auf so schmalem Grat zwischen Haushaltskonsolidierung und Steuerentlastung, wenn die Erblast nicht die Grenzen so eng gezogen hätte.

Umso wichtiger ist es für die Koalition, diese Politik mit der Entschiedenheit, mit der sie eingeleitet wurde, auch fortzusetzen. Auch angesichts von Landtagswahlen sollten Rückfälle ins fröhliche Umverteilen vermieden werden. Stoltenbergs richtige Zielsetzung, die jährliche Neuverschuldung unter zwanzig Milliarden Mark – ohne Berücksichtigung des Bundesbankgewinns – zu senken, bedeutet, daß wir 1985 trotz eines eng geschnittenen Haushaltskorsetts (0,9 Prozent Zunahme gegenüber Soll 1984) noch mindestens siebzehn Milliarden von der Ziellinie entfernt sind. Und dies vor dem Hintergrund, daß der Regierung in der nächsten Legislaturperiode nicht noch einmal eine vierjährige Atempause bis zur nächsten Steuerreform gegönnt wird; sie wird wegen der Progression schon 1990 unumgänglich.



Zwei Partner, die sich immer wieder bekanntmachen

Zum erstenmal nach der Wiederwahl des amerikanischen Präsidenten trafen sich Helmut Kohl und Ronald Reagan. Wie sieht Washington den Kanzler? Was wartet auf Kohl und Reagan?

Von THOMAS KIELINGER

Genauigkeit des Studiums der Vorgänge in beiden Hauptstädten kann man Deutschen und Amerikanern nicht häufig genug wünschen. Wir haben ohnehin nur das Jahr 1985 als Fenster der Möglichkeiten ergiebigster Zusammenarbeit vor uns. Danach dürften sich die Fahrpläne in beiden Hauptstädten wieder mehr nach innenpolitischen Zwängen orientieren.

Eingebettet in die internationalen Beziehungen liegt das deutsch-amerikanische Verhältnis wie der Trüffel in der Pastete. Manchmal weiß man allerdings nicht mehr ganz, ob es sich noch um echte Trüffel handelt; die werden, wie man weiß, rar. Und doch ist kein Zweifel an der grundsätzlichen Bonität der beiden Partner Washington und Bonn angebracht. Wie Helmut Kohl und Ronald Reagan sich anstrahlen, das ist nicht nur ein Auftritt fürs Fernsehen, *das ist* wirkliche Freundschaft.

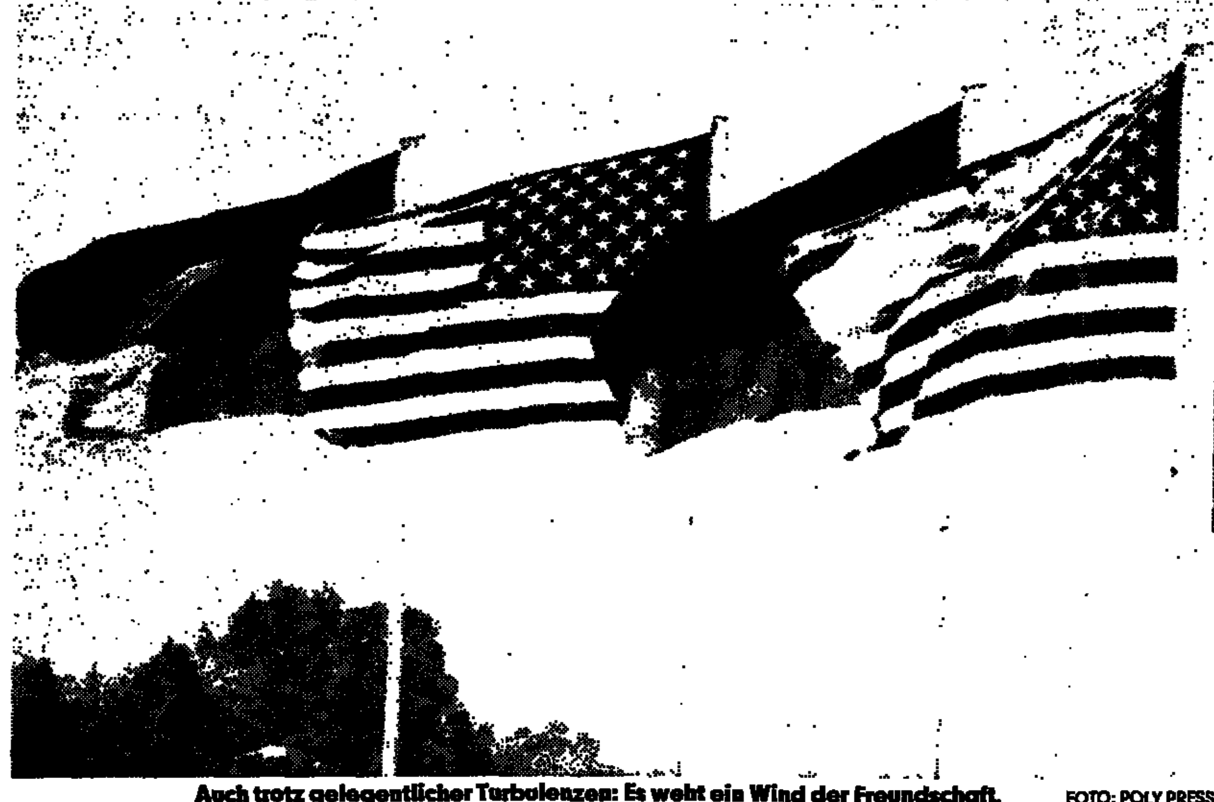
Beziehungen zwischen den Staaten bedürfen solcher Auftritte nicht, wenn die gemeinsame Interessenlage fest verankert ist. Aber schaden kann es nicht, wenn sich zur Gemeinsamkeit der Interessen der Wein der Freundschaft kredenzen läßt.

Sie ist wie der Schild, hinter dem geschützt man sich dann ordentlich angehen kann. Kohl scheut sich da nicht, wie man weiß. Er ist, vergleicht man ihn mit Reagan, wahrscheinlich sogar der Direktere. Das mag in der Natur von Mittelmächten liegen: Wenn sie sich nicht mehr zu helfen wissen, meinen sie, laut und deutlich werden zu müssen. Der Amerikaner *kann seine Macht hinter der Suada* der Freundlichkeit tarnen. Der Deutsche muß aus dem Bewußtsein der Abhängigkeit – was nicht Mangel an Souveränität bedeutet – ein Programm möglichst deutlicher Vorstellungen ableiten. Etwa zur Abrüstung.

Die Amerikaner sind zuweilen frustrierend vage. Die Deutschen empörend zudringlich. In Washington darf die Bürokratie sich wochenlang Grabenkämpfe liefern, und die Administration und der Kongreß ebenfalls. In Bonn gibt es ein Parlament, das heißt ablesbare Mehrheiten. Und es gibt einen Kanzler, *das* heißt Richtlinienkompetenz. Daß aus all dem nicht immer deutliche Politik wird, ist ein *anderes Kapitel. Wir* wünschten uns ebenfalls, daß der amerikanische Präsident häufiger sein „The buck stops here", sein exekutives Stopp hinter die Querelen seiner Berater setzte. Politik ist eben kein Hochglanzphoto.

Was wissen wir von unserem amerikanischen Gegenüber, was er von uns? Erschreckend wenig, so müssen Berichterstatter immer wieder feststellen. Falls Ronald Reagan sich im vorhinein über seinen Freund Helmut und die Lage der von ihm geführten Regierung aus der Presse hätte informieren wollen: Er wäre ganz schön in die Irre geführt worden.

Da stand zum Beispiel in der „Washington Post" ein Aufsatz des Professors der Georgetown-University, Norman Birnbaum, unter der Überschrift „Bundeskanzler Kohl ist angeschlagen". Nun gut, über Interpretationsnuancen kann man streiten. *Aber die Unterzeile des Stücks?* „Seine Tage an der Macht sind möglicherweise gezählt." Jeder, der sich in der Presse auskennt, weiß, daß das Wort „möglicherweise" nur ein Feigenblatt ist: Der Autor verhüllt damit unschwer seine eigentliche Überzeugung: daß die Tage Kohls wirklich gezählt seien. Wegen Flick und anderer Krisen, wie er schreibt. Und er vermutet fürs nächste Jahr auch *schon den „wahrscheinlichen" Nachfolger:* Finanzminister Stoltenberg.



Auch trotz gelegentlicher Turbulenzen: Es weht ein Wind der Freundschaft. FOTO: POLY PRESS

Ronald Reagan ist aber kein *Mensch*, der die Presse allzu ernst nimmt. Er respektiert sie als wichtigen Pegel öffentlicher Vorgänge. *Aber* er weiß *das* alles mit einem Körnchen Salz zu nehmen. Doch bleibt das verzerrte Bild, vorgestellt in einer prominenten Zeitung, für die uneingeweihte Öffentlichkeit verfügbar. In Kreisen der sich für kenntnisreich haltenden Washingtoner Gesellschaft wurde daher Birnbaums These schon *seit Anfang November* kräftig kolportiert. Der Autor hatte sie, lange vor Veröffentlichung, herumgetragen.

Nun ist Norman Birnbaum nicht irgendwer. Man liest ihn zuweilen im „Vorwärts", im „Spiegel", und auch in der WELT, wo er vor einem Jahr in einem brillianten Essay den Einfluß deutschen sozialen Gedankenguts in der amerikanischen Kulturgeschichte nachwies.

Birnbaum hat gute Beziehungen zur Opposition, auch zu den Grünen; in Deutschland bildet er oft die Brükke zurück zum Kennedy-Kreis. Also *ein durchaus „eingespeister" Mann.* Aber voller Spekulation und politischer Hyperbel, wie viele Kenner. *Und* selbstverständlich *nicht frei von* politischer Ambition. Sollte das alles den ruhigen Blick trüben?

Genauigkeit des Studiums der Vorgänge in beiden Hauptstädten kann man Deutschen und Amerikanern nicht häufig genug wünschen. Wir haben ohnehin nur das Jahr 1985 als Fenster der Möglichkeiten ergiebigster Zusammenarbeit vor uns. Danach dürften sich die Fahrpläne in beiden *Hauptstädten wieder mehr nach den* innenpolitischen Zwängen richten.

Ronald Reagans Ära neigt sich dem Ende entgegen: Das muß man, gerade am Anfang seiner zweiten Amtszeit, sehen. 1986 stehen die wohl wichtigsten Kongreß-Halbzeitwahlen seit langem bevor. Da kommen beispielsweise *unter den vierunddreißig* neuzuwählenden Senatoren allein zweiundzwanzig Republikaner an die Reihe. Das kann den fast sicheren Verlust der Mehrheit der Konservativen im Senat bedeuten.

Dann hätte der Präsident in beiden Kammern des Kongresses die Oppo*sition mehrheitlich gegen sich.* Sein Einfluß muß sich, auch weil er nicht wiedergewählt werden kann, verringern. *Und in der eigenen Partei* brechen spätestens 1986 die Nachfolgekämpfe aus. Aus Präsidenten wird *spätestens nach* dem ersten Jahr ihrer zweiten Amtszeit in der Regel eine „lame duck", eine lahme Ente. Reagan ist als Präsident eine Nummer größer als etliche seiner Vorgänger. Also frotzeln die Analytiker: Er werde zu einem „lahmen Truthahn". Davon bleibt das Reagansche Erbe, Programme wie die Weltraumforschung etwa, freilich unberührt.

Was aus Helmut Kohl wird, wenn die Landtagswahlen von 1985 vorbei sind, steht in den Sternen. Aber eine *bessere Zeit als 1985 hat er für* internationale Manöver auch nicht mehr: Die Wahl 1987 steht vor der Tür. Beide, Deutsche und Amerikaner, müssen die kommenden 12 Monate optimal nutzen: In der Harmonierung ihrer Ost-West-Initiativen, bei dem Versuch, den Streit EG–Amerika einzudämmen. Wenn beide dann „mit eigenen Programmen wiederkehren", wünscht man sich Frequenzen, auf *denen wenigstens deutlich und genau* empfangen werden kann.

Im Silicon Wedding weht ein Hauch von Gründerzeit

BIG, BIG Tech 84 oder TIP, das *sind Worte, die in den Ohren der* Berliner wie Zukunftsmusik klingen. Junge mutige Wissenschaftler werden Unternehmer und setzen auf den Standort Berlin. Auf Deutschlands erster Innovations- und Technologiemesse stellten sie sich und ihre Projekte vor.

Von TIM BEIER

„Ich *wollte mich immer schon* selbständig machen. Außerdem hatte ich eine Idee für ein Produkt, die ich bei meiner alten *Firma nicht* verwirklichen konnte." Der Mann, der das sagt, war Geschäftsführer für Zentraleuropa bei einem großen amerikanischen Roboter-Hersteller in Frankfurt. Seit einem Jahr ist Norbert Schlimm Chef eines eigenen Unternehmens. Er ist Gesellschafter und Geschäftsführer der Industrieroboter GmbH (Ro-Ber). Seine Adresse: Berliner Innovations- und Gründerzentrum in der Ackerstraße im traditionsreichen Berliner Arbeiterbezirk Wedding.

Den Traum von der Selbständigkeit hat sich der Diplom-Ingenieur Ende 1983 erfüllt. Mit zwei Mitarbeitern fing er im Gründerzentrum nahe der Berliner Mauer an, Roboter zu *bauen. Zunächst Sonderfertigungen,* jetzt eigene Entwicklungen. Auf der nächsten Hannover-Messe im April 1986 will er bereits den schnellsten Palettier-Roboter der Welt vorstellen. Von den inzwischen 18 Mitarbeitern sind acht in der Entwicklung tätig.

Eine Vorstufe zu diesem schnellen Roboter präsentierte Schlimm jetzt auf der am Freitag zu Ende gegangenen „Big Tech '84", Deutschlands erster Innovations- und Technologiemesse. Auf dieser Messe im Berliner Innovations- und Gründerzentrum – kurz BIG genannt – stellten 73 junge Unternehmen ihre Produkte und *Dienstleistungen aus* den neuen Technikbereichen aus.

So wie Norbert Schlimm haben vor einem Jahr – das BIG wurde am 30. November ein Jahr alt – auch 14 andere Jungunternehmer, vor *allem* Wissenschaftler der Technischen Universität Berlin, angefangen. Sie haben das Angebot angenommen und im ersten Gründerzentrum der Bundesrepublik Deutschland den Schritt in die Selbständigkeit gewagt. Bis zum Ende dieses Jahres werden auf diesem ehemaligen Stammgelände des AEG-Konzerns 25 Firmen mit rund 80 qualifizierten Beschäftigten unterge*bracht sein, so Berlins Wirtschaftsse*nator Elmar Pieroth. Und die Interessenten für einen Platz im BIG stehen Schlange.

Die Zahl der Bewerber wächst ständig

Mehr als 20 Bewerbungen liegen gegenwärtig vor – sogar aus dem Ausland. Für ein zweites und drittes Gründerzentrum, die nach den Vorstellungen des Berliner Wirtschaftssenators entstehen sollen, liegen schon 45 Anmeldungen vor. Neue Gründerjahre in Berlin?

In das alte AEG-Fabrikgebäude sind neues Leben und neuer Mut eingezogen. Wissenschaftler und Techniker entwickeln und produzieren, angefangen von Geräten der Industrie-Elektronik und Prozeßdatenverarbeitung über Roboter bis hin zu neuen Produkten der Hochfrequenztechnik und Mikrocomputer-Anwendungen für *medizinische* Probleme. Die Nähe der Technischen Universität, die an dem Gebäude ei*nige Forschungsinstitute zusammen*gefaßt hat, ermöglicht den Gründerunternehmen jederzeit einen engen Kontakt zur Forschung.

Gemeinschaftseinrichtungen wie Sekretariat, Empfangs- und Telefondienst oder Besprechungsräume werden von den Unternehmen nur nach der tatsächlichen Nutzung bezahlt und senken so die laufenden Kosten. Die Mieten sind am Mittelfeld der Berliner Gewerbemieten orientiert. *Zunächst werden die Räume für maximal* fünf Jahre vermietet.

Der Berliner Senat läßt sich das Projekt im Rahmen des Strukturprogramms zum Ausbau der Struktur- *und Innovationspolitik* 3,7 Millionen Mark kosten. Davon entfielen allein 2,7 Millionen Mark auf den Umbau *und die Renovierung der Fabrik.*

Eine Brutstätte für neue Technologien will Senator Pieroth aus Berlin machen. Schon spricht man an der Spree mit Blick auf das kalifornische *Silicon Valley von einem* „Silicon Wedding". In unmittelbarer Nachbarschaft zum BIG soll nämlich im nächsten Frühjahr der „*TIP*" – *Technologie-* und Industriepark Humboldthain „angelegt" werden.

Dort werden allerdings keine Neugründer, sondern bereits etablierte Unternehmen einen *neuen Standort* finden. Und zwar auch auf ehemaligem AEG-Gelände in den Fabrikhallen an der *Brunnenstraße*, die *unter* Denkmalschutz stehen. Die „Anlage" dieses Parks wird den Senat rund 83,5 Millionen Mark kosten.

Berlin – ein Forschungs- und Technologie-Zentrum

In der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft ist man optimistisch, daß sich dort ähnlich gute Erfolge *zeigen wie beim* BIG.

Berlin ist dabei, seinen Ruf als international orientiertes Forschungs- und Technologiezentrum weiter auszubauen. Diese Feststellung trafen *sowohl Wirtschaftssenator Pieroth als* auch Berlins Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig. Mit einer „Technologie- und Innovationswoche Berlin 1984" wurde dieser Anspruch in den letzten Tagen eindrucksvoll unterstrichen.

Eine Woche lang war die Stadt Treffpunkt für Technologieunternehmer und Kunden aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Im Internationalen Congress Centrum am Funkturm versuchte man den „Technolo*gietransfer zu aktivieren*". *Das reich*liche Angebot an neuen Technologien in der Bundesrepublik wird, so Hans Trautmannsberger von der *Berliner Messegesellschaft* AMK, von den Unternehmen noch zu wenig genutzt. Schwellenangst ist ein Grund für die Zurückhaltung.

*Besonders mittelständische Unter*nehmen tun sich schwer, den Kontakt zu Wissenschaftlern zu suchen und deren Ideen in neue Produkte umzusetzen. Diesen Unternehmen soll Hilfe angeboten werden, wie sie ihre Wettbewerbschancen auch auf den internationalen Märkten durch den Einsatz neuer Technologien verbessern können. Wie stark das Interesse – auch des Auslandes – an die*sem Forum war, zeigt, daß unter den* 74 beteiligten Unternehmen Firmen aus Belgien, der CSSR, Frankreich, Liechtenstein, Großbritannien und Österreich waren.

Um Möglichkeiten zur Beherrschung der dritten industriellen Revolution ging es im Berliner Reichstag auf einer Tagung „*1984* und danach – die gesellschaftliche Herausforderung der Informationstechnik". Die von der Bundesregierung und der Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) veranstaltete Konferenz befaßte sich mit den Auswirkungen der Informationstechnik nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf die Gesellschaft und den Menschen.

Orwells Visionen von der totalen Überwachung des Bürgers durch den Staat sollte in den Ländern der freien Welt auch im Zeitalter der Informationstechnik keine Chance gegeben werden, meinte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber vor den Teilnehmern aus 24 Ländern.

Der Kampf in Bilbao ist ein Kampf um Spaniens Einheit

Im Baskenland herrschen die schwersten Unruhen seit Ende der Franco-Ära. Aus Arbeiterdemonstrationen werden Aktionen einer echten Stadtguerrilla. Die Madrider Regierung aber hält fest an der nationalen Einheit Spaniens.

Von ROLF GÖRTZ

Es *ist mittags gegen zwei Uhr im* Baskenland. Im Speisesaal des „Ercilla"-Hotels in Bilbao klatscht man gedämpft Beifall zu einer köstlichen Froschschenkelsuppe mit süßem Knoblauch. Ihr Schöpfer, der aus Madrid eingeflogene Chefkoch vom „Ritz", weiß um seine Prämie.

Zur gleichen Stunde hocken in Pamplona (Navarra) zwei Feuerwerker der Guardia Civil in monströser Vermummung unter einem Schutzschild. Mit langsamen, unendlich vorsichtigen Bewegungen trennen sie zwei Blecheimer, entschärfen so eine der gefährlichsten Bombenfallen der Terrororganisation ETA.

Wären die elf Kilo Dynamit explodiert, *hätten 30 Kilo Schrauben*, Kettenglieder und rostige Nägel ein furchtbares Massaker angerichtet.

Zur gleichen Stunde versucht in San Sebastian ein Vertrauensarzt der Polizei, ein Psychologe, einem jungen Guardia, der auf der Couch vor ihm liegt, die irrsinnige Angst zu nehmen, *die schon eine ganze* Reihe seiner Kollegen in den Selbstmord trieb. Zerbrochen von der Belastungsprobe, *Tag für Tag und Nacht* für Nacht durch feindlich gesinnte Dörfer und regennasse Wälder Streife gehen zu müssen – jeden *Augenblick gewärtig,* aus dem Hinterhalt erschossen oder von einer Mine zerrissen zu werden.

Zur gleichen Stunde schlendern Studenten in Jeans, bunten Anoraks und Schals von der Deusto-Universität über die Brücke zur Innenstadt von Bilbao. Auf dem Gelände der Euskalduna-Werft schräg unter ihnen ein Bild äußerer Ruhe. Nationalpolizisten lehnen mit Schnellfeuergewehren an fortgeräumten Barrikaden vor den Spuren der Kämpfe, bei denen sich tagelang Werftarbeiter und Nationalpolizisten gegenüberstanden. Das war keine Protestaktion mehr – hier kämpfte eine aus dem Hintergrund geleitete Stadtguerrilla. Unbekannte Männer, das Gesicht von Schals verdeckt, schossen mit Steinschleudern gegen *Polizisten, warfen* Molotowcocktails auf die gepanzerten Mannschaftswagen, schickten einen schweren Kran mit Stahlbirne, die man üblicherweise zum Einreißen von Mauern benutzt, gegen die kleinen Fahrzeuge. Über 200 Menschen, Werftarbeiter, Polizisten und Passanten, wurden bei *diesen Kämpfen* verletzt. Ein Arbeiter starb am Herzschlag.

Um eine Ausdehnung der Unruhen auf die Stadt zu verhindern, stürmten Polizei-Einheiten das Werftgelände, zerbrachen die Mauer, und zerstörten Polizisten die Büros der Betriebsgewerkschaften.

Die Protestaktion löste der seit Mo*naten bekannte Plan der Regierung* zur Reduzierung der Werft- und Stahlindustrie aus. Unternehmer und Gewerkschaften der sozialistischen Regierungspartei in Madrid, UGT, hatten dem Plan zugestimmt, der den zu entlassenden Werftarbeitern über drei Jahre hinaus 80 Prozent ihres Lohnes zusicherte. Trotzdem riefen baskische Regionalgewerkschaften zum Generalstreik auf. Und immer mehr *konzentrierte* sich ihr Protest auf die Gebäude der UGT-Gewerkschaft als die eigentliche Repräsentanz der Regierungspartei in Madrid neben der Polizei und der Armee. Der Arbeitskonflikt wird so unversehens zum Politikum: Basken gegen die Zentralregierung.

Der Haß, der vor zehn Jahren dem Franco-Regime galt, richtet sich heute in der gleichen Stärke gegen die sozialistische Regierung Gonzalez: „*Faschistenminister!*", skandieren fäusteschwingend Demonstranten. Die Stimmung wird angeheizt durch den Mord an einem Politiker der linken Nationalisten des Baskenlandes, der Herri-Batasuna-Partei. Ihre Zentrale will jetzt den Eindruck erwekken, als ob Polizisten in Zivil die Mörder waren.

Die Bevölkerung verhält sich indifferent: „Wir wollen als Basken leben, aber *nicht für einen unabhängigen* Staat kämpfen", sagt ein Geschäftsmann, der sorgfältig abwägt, ob und wann er seine *Rolläden* bei einem Generalstreik herunterläßt. Wenn er es tut, dann nur aus Angst vor den Stoßtrupps der Randalierer. Der Unternehmer Luis Olarra formuliert: „Die Zentralgewalt der Landesregierung in Vitoria droht weit über das hinauszugehen, was wir Basken eigentlich anstreben, nämlich die autonomen Rechte der Gemeinden, Städte und Kreise, ähnlich den ‚Fueros', *die uns einst die spanischen Könige* zusicherten." Tatsächlich war das Baskenland, abgesehen von einem kurzen Zeitabschnitt während des Bürgerkrieges, niemals ein eigener Staat.

Genau in diesem Punkte scheint die Madrider Regierung auch einhaken zu wollen. In einem langfristigen Plan zur Befriedung des Baskenlandes, dessen Details noch geheimgehalten werden, soll Zug um Zug die Nationalpolizei von der landeseigenen Polizei mit den roten Boinas, den Mützen der Basken, ersetzt werden.

Dies ist eine der Forderungen der ETA-Terrororganisation und jener *Nationalisten von rechts und links,* die mit Madrid nicht einverstanden sind. Auch die im Baskenland regierende bürgerliche Nationalistenpartei verlangt die Vereinigung mit der ehemaligen Provinz Navarra, heute ein eigenes Land.

Ein Kompromiß zeichnet sich in der Existenz der historischen Landtage, „Forales", ab, die in den baskischen Provinzen Guipuzkoa, Viskaya und Alava sowie in Navarra auch heute noch ihre Bedeutung haben. Neben den Landesregierungen in Vitoria (Baskenland) und Pamplona (Navarra) soll auf dem Wege über die vier Provinzlandtage eine Forale-Union angestrebt werden.

Solange die Regierung Felipe Gonzalez dabei an der staatlichen Einheit Spaniens eisern *festhält, hält auch* die Armee loyal zu ihr. Eine Putschgefahr, das Eingreifen der Armee auf eigene Faust als offener Ausbruch eines Bürgerkrieges, „ist völliger Unsinn", sagen Offiziere und Generale, die sonst keineswegs mit Gonzalez und den Sozialisten einverstanden sind, auch in vertrauten Gesprächen. Sie vertrauen auf die feste Haltung des Regierungschefs.

Dennoch bauen die Hintermänner der Arbeiteraufstände heute in baskischen und *morgen* in *katalonischen* Industriebetrieben auf eben einen solchen Eklat. Sie hoffen, die NATO-Frage auf ihre Weise lösen zu können. Denn eine nervöse, putschende Armee könnten sich die NATO-Partner an ihrer Seite nicht leisten. Und schon hört man einen deutschen *Rundfunksprecher fragen:* „Muß man nicht am demokratischen Prozeß in Spanien zweifeln, wenn man sieht, daß Hunderttausende in Madrid die Franco-Ära feiern?"



Kampf in Bilbao: Arbeiter schießen mit Schleudern auf Polizisten FOTO: AP

Hat Börner den Grünen zuletzt doch noch eine Brücke gebaut?

An diesem Wochenende entscheidet sich die Zukunft des rot-grünen Bündnisses in Hessen

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Das Städtchen Lich in Mittelhessen wird an diesem Wochenende zum Entscheidungsplatz der hessischen Politik. Hier wollen die Grünen Landtagsabgeordneten, gemäß Satzung der Alternativ-Partei, die „Basis", also die Parteimitglieder, entscheiden lassen, ob die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten fortgesetzt werden soll oder nicht.

Das hessische rot-grüne Bündnis, das erste in der Bundesrepublik Deutschland, war vor zehn Tagen daran zerbrochen, daß die SPD-Minderheitsregierung des Ministerpräsidenten Holger Börner angekündigt hatte, sie wolle der Hanauer Nuklearfabrik Nukem eine Teilerrichtungsgenehmigung für ein neues Betriebsgebäude erteilen. Die Grünen sahen darin einen „Einstieg in den Plutoniumsstaat". Die Auflage der Landesregierung, daß Nukem „atomwaffenfähiges" zu mehr als 20 Prozent angereichertes Uran nur noch zur Abwicklung von „dann" – also zum Zeitpunkt der Betriebsgenehmigung in frühestens vier Jahren – bestehenden Lieferverträgen verarbeiten dürfe, werteten sie als „Einladung" an solche Länder, die gern Atomwaffen besitzen würden, solche Verträge noch schnellstens abzuschließen.

Inzwischen ist der Streitpunkt zwar erledigt. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat Börner angewiesen, die in Bundesauftragsverwaltung zu erteilende Teilerrichtungsgenehmigung ohne die bewußte Auflage auszustellen. Börner sah keinerlei rechtliche Ausweichmöglichkeit und fügte sich. Nukem kann damit entgegen den grünen Forderungen auch mit hochangereichertem Uran arbeiten.

Dennoch haben die Mitglieder der Grünen-Landtagsgruppe zunächst an ihrem unversöhnlichen Kurs gegenüber der Regierung festgehalten. Ihr Argument: Die Landesregierung habe sich bereits mit dem Entwurf der ersten Teilerrichtungsgenehmigung an die Politik der Bundesregierung angepaßt und damit die Chance vertan, gemeinsam mit der Öko-Partei gegen den weiteren Ausbau der Atomwirtschaft vorzugehen. Außerdem sei das Genehmigungsverfahren für die Hanauer Plutoniumfabrik Alkem nach wie vor offen. Die Landesregierung solle wenigstens hier „endgültig eine eindeutige Position beziehen".

Was zuerst nur wie ein Nachsatz ohne sonderliches Gewicht klang, entpuppte sich gestern plötzlich als hochaktuelles Politikum. Ministerpräsident Börner, von Parteifreunden vor allem aus Südhessen, von Jusos und linken Flügelmännern gedrängt, das rot-grüne Bündnis am Leben zu halten, setzte am Vorabend der Grünen-Landesversammlung ein Signal. In einem Zeitungsinterview erklärte er, er habe seinen Standpunkt über die Wiederaufarbeitungstechnologie grundsätzlich redigiert. Börner: „Ich bin heute für direkte Endlagerung ... Die hessische Landesregierung wird die Entsorgungsgrunsätze, die zwischen Bund und Ländern 1979 abgesprochen wurden, so nicht mehr weiter mittragen. Wir werden nächstes Jahr, wenn sie auslaufen, einen anderen Vorschlag machen... Direkte Entlagerung ist sicherer als ein Wiederaufarbeitungskreislauf, weil immer mehr giftige Dinge dabei rauskommen."

Hinter diesen Gesetzen verbirgt sich chiffriert so etwas wie eine vorsichtige Absetzbewegung von den Plänen der Nukem-Tochter Alkem, ihre Firma in Hanau auszubauen. Die Grünen haben den Betrieb dieses Unternehmens für „illegal" erklärt und erwarten von der Landesregierung eine Verweigerung der beantragten Teilerrichtungsgenehmigung. Gegen dieses Ansinnen hat sich SPD-Sprecher Hans Zinnkann zwar gestern gegenüber der WELT ausdrücklich verwahrt. Allerdings sei die SPD dabei, „ihre Haltung zur Atomenergie zu überprüfen".

Von den Grünen wurde dieses Signal des Ministerpräsidenten sofort aufgegriffen. Einige Mitglieder der Landtagsgruppe, so die Sprecherin der Partei, Priska Hinz, arbeiteten gestern nachmittag an einem Antrag für die Fortsetzung des Tolerierungsbündnisses mit der SPD. Begründung laut Hinz: „Wer gegen die atomare Wiederaufarbeitung ist, der kann nicht gleichzeitig für Alkem sein." Die Hanauer Firma bereite Plutonium auf, das aus Wiederaufarbeitungsanlagen geliefert werde.

Allerdings versicherte die Grünen-Sprecherin, die SPD müsse ihren Standpunkt in dieser Sache noch deutlicher machen. Die Grünen im hessischen Landtag würden den Haushaltsplan für 1985 nicht mittragen können, „wenn die SPD nicht eine andere Haltung zur Atomenergie einnimmt als bisher". Damit war die Brücke sichtbar, die die Grünen-Landtagsgruppe beschreiten will, um ihr Bündnis mit Börner in letzter Minute doch noch zu retten.

Katholische Kirche enttäuscht vom Rundfunk

fac. Bonn

In der katholischen Kirche beginnt sich eine entkrampfte Haltung gegenüber den künftigen privaten elektronischen Medien durchzusetzen. Symptomatisch für diese positive Betrachtungsweise ist die Rede des Limburger Weihbischofs Walther Kampe auf der Jahresveranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände Nordrhein-Westfalens in Düsseldorf. Kampe, führender katholischer Medienexperte, sprach offen von der Chance, daß eine Teilprivatisierung im elektronischen Bereich „ein Gegengewicht bilden kann, um die Verfilzung von Parteien und Medien aufzuheben und mehr Kreativität in das Medienwesen zu bringen".

Kampe präzisierte die Haltung der Kirche: Seit jeher wolle sie weder einen „Staatsrundfunk" noch die „volle Kommerzialisierung" der Medien. Jedoch sei sie „enttäuscht" von der Politisierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch die Parteien. Der Weihbischof verband seine positiven Erwartungen an die neuen Medien mit der Forderung, in ihnen die „Gesellschaftspflichtigkeit zu garantieren", damit nicht nur finanzstarke, sondern auch gemeinnützige Gruppen zu Wort kämen.

Nach einer Informationsreise durch die USA vertrat der Freiburger Ordinariatsrat Bernd Uhl die Auffassung, daß auch die katholische Kirche das Kabelfernsehen nutzen müsse. Ein eigenes katholisches Fernsehprogramm wäre allerdings ein hohes finanzielles Risiko. Statt dessen sollte die Kirche versuchen, ohne Aufgabe ihrer Position bei ARD und ZDF behutsam mit den privaten Veranstaltern ins Gespräch zu kommen. Ein Pochen auf Rechtspositionen werde dabei wenig helfen, günstige Sendeplätze zu bekommen. Für den Ordinariatsrat ist ein kaufmännischer Gesichtspunkt erfolgversprechender: gute Sendezeit in einem attraktiven Privatprogramm kaufen und gut gemachte Beiträge liefern. Dazu wäre es allerdings notwendig, „die eigenen vorhandenen Produktionskapazitäten zu überprüfen, ob sie den erforderlichen Ansprüchen genügen", fügte er selbstkritisch hinzu. Es müsse auch geklärt werden, ob sich das kirchliche Angebot nur an Katholiken oder aber an die Gesamtbevölkerung wenden sollte.

Während einer Diskussion in der Katholischen Akademie Freiburg wurde ausdrücklich vor „Getto-Programmen" gewarnt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Statt Pensionär soll Mühlfenzl ein „zweiter Intendant" werden

Er ist als Chef der bayerischen „Landeszentrale für Neue Medien" im Gespräch

PETER SCHMALZ, München

Wenn Rudolf Mühlfenzl, den ARD-Zuschauern als Kommentator und Moderator seit Jahrzehnten vertraut, heute in einem Münchner Studio 600 Gäste zum Geburtstagsempfang begrüßt und sein schreibender Kollege Johannes Gross die Laudatio auf den 65jährigen Jubilar hält, dann beginnt für den rastlosen Tele-Macher im Pensionsalter der Start in eine neue Zukunft. Und diese ist der Tatsache zu verdanken, daß just am selben Tag das bayerische Medienerprobungs- und -entwicklungsgesetz (MEG) in Kraft tritt, das privatem Funk und Fernsehen im Freistaat den rechtlichen Rahmen und dem Bayerischen Rundfunk (BR) wie dem ZDF eine neue Konkurrenz bringt.

Nun hat Mühlfenzl, einst Chefredakteur des BR-Fernsehens, als Direktor des Münchner Kabelpilotprojekts und als Berater der Staatsregierung nicht wenig zum Gelingen dieses Gesetzes wie auch zum bayerischen Start ins neue Medienzeitalter beigetragen, der für ihn persönlich aber interessanteste Aspekte liegt darin, daß eine „Landeszentrale für Neue Medien" geschaffen werden soll. Sie wird als zweite öffentlich-rechtliche Anstalt in Bayern die neuen Programme verantworten und soll unter der Führung eines Präsidenten stehen, dessen Funktion der eines Rundfunk-Intendanten gleicht. Offiziell herrscht noch Stillschweigen darüber, wer im kommenden Jahr von dem ebenfalls erst zu gründenden Medienrat (das neue Aufsichtsgremium ähnlich dem Rundfunkrat) auf diesen Posten gewählt wird. Aber inoffiziell besteht kein Zweifel: Der Favorit heißt Mühlfenzl.

Einige aktive CSU-Politiker haben ihr Interesse zwar auch erkennen lassen, ihre Chancen werden aber als zweitrangig eingestuft. Und der ebenfalls ins Gespräch gebrachte Leiter der von der Bundesregierung eingesetzten Kommunikationskommission, Professor Eberhard Witte, dürfte kaum geneigt sein, seine bisherigen umfangreichen Tätigkeiten diesem Präsidentenstuhl zu opfern.

Mühlfenzl aber hat in den letzten Monaten beim Aufbau des nicht selten totgesagten Münchner Kabelprojekts bewiesen, mit welcher Energie er sich auf neue Aufgaben konzentrieren kann. „Ich fühle mich durchaus in der Lage", sagte er kürzlich, „einer Sache, die in der Entwicklung ist, vorzustehen." Daß diese Einschätzung auch auf der höchsten bayerischen Regierungsebene geteilt wird, zeigt der Geburtstagsglückwunsch, den Ministerpräsident Franz Josef Strauß zum 65. schickte. „Ich bitte Sie", heißt es darin, „der Aufgabe, in die Sie ja die Erfahrung einer höchst erfolgreichen Journalistenlaufbahn einbringen, mit Ihrem ganzen Engagement verbunden zu bleiben."

Eine weitere Personalentscheidung gilt bereits als sicher: Zum Geschäftsführer der neuen Anstalt und damit zum Stellvertreter des Präsidenten wird der Medienreferent der Staatskanzlei, Ministerialrat Wolf-Dieter Ring, berufen. Er gilt als einer der kundigsten Medienbeamten Deutschlands, der auf Referentenebene über Jahre hinweg für die Kabel-Idee gegen heftige Widerstände aus anderen Staatskanzleien erfolgreich gefochten hat.

Die bayerischen Sozialdemokraten versuchen das mit CSU-Mehrheit vor zwei Wochen beschlossene Mediengesetz juristisch zu Fall zu bringen. Einstimmig beschloß die SPD-Fraktion im Landtag, Verfassungsklage zu erheben, da die in Artikel 111a der bayerischen Verfassung geforderte öffentlich-rechtliche Kontrolle der künftigen privaten Angebote nicht gewährleistet sei.

Staatskanzlei-Chef Edmund Stoiber gibt der Klage jedoch keine Chance, das Gesetz sei in allen Details der Rechtsproblematik eingehend geprüft. Die Klage wertet Stoiber als ein „Dokument der Konzeptions- und Hilflosigkeit der SPD bei der Lösung der anstehenden Medienprobleme".

„Mehr Moral, Mut und Bürgernähe"

Die „Demokratische Alternative" (DA) nominierte Kandidaten für Berliner Wahlen

F. DIEDERICHS, Berlin

Zwar wird seine Partei, die „Demokratische Alternative", auf den Stimmzetteln am 10. März kommenden Jahres nur ganz unten stehen, so auf Platz 12 oder 13, noch hinter der SEW und allerlei bunten Bürgergemeinschaften. „Kein Problem für uns", weiß jedoch der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Dietrich Bahner seine Anhängerschar zu beruhigen, „die Leute werden uns auf den Stimmzetteln suchen."

Rund 100 000 Berliner sollen es nach dem Willen Bahners sein, die ihr Kreuz an der richtigen Stelle plazieren, um so der „Demokratischen Alternative", kurz „DA", zu 10 Prozent der Wählerstimmen zu verhelfen, „aus dem Stand heraus", wie der agile Parteigründer weissagt. Bei ihm stünden nach ganzseitigen Anzeigen in der Berliner Tagespresse die Telefone kaum noch still – er umschreibt es als „angenehmes Chaos" und hat sich „noch nie so wohl gefühlt, auch nicht als Bundestagsabgeordneter". Vier Jahre saß er in Bonn, elf Jahre lang hielt er immerhin in der Arbeiterhochburg Berlin-Wedding das CDU-Fähnchen als Kreisvorsitzender hoch.

Dietrich Bahner hat ein Parteiprogramm für seine „DA" verkündet, das er als Quersumme seiner bisherigen politischen Erfahrungen ausgibt. Generell haben ihm die existierenden politischen Parteien den Eindruck vermittelt, daß sie „die politischen Probleme unseres Volkes nicht zu lösen und ausgewogen zu gestalten vermögen". Diese Philosophie hat er auch jenen Kandidaten mit auf den Weg gegeben, die bei den nächsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus in den 71 Wahlkreisen für die „DA" antreten werden. Gestern abend nominiert, sollen sie jetzt den Bürgern die Leitlinien des Parteiprogramms verkünden, von „mehr Moral und Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit, Mut, Menschlichkeit und Bürgernähe" muß dann die Rede sein.

Mehr als 1000 feste Mitglieder habe seine Partei in den wenigen Wochen seit der Gründung gewinnen können, berichtet Bahner. Rund 32 000 hätten schon um Mitgliedschaft angefragt, seien also zukünftige Wähler, und jeden Tag kämen weitere 1000 dazu und seine drei Sekretärinnen an den Telefonen gehörig ins Schwitzen. Mit der „Bundespartei" hat es freilich noch, entgegen einer ersten Ankündigung, Zeit. „Erst mal in Berlin alles über die Bühne bringen", sagt Bahner.

Vorerst begnügt sich der Messias der Bürgerlichen mit den Kneipen in Neukölln, wo er am liebsten mit Arbeitern fachsimpelt, die am 10. März ihre Stimme ihm und nicht dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen geben sollen, der als Spitzenkandidat in Neukölln gegen den ehemaligen Parteifreund Bahner anzutreten hat. „Da freue ich mich schon drauf", bilanzierte Bahner in dieser Woche als Ergebnis einer von ihm gestarteten Umfrage, welcher Partei denn die „DA" größten Schaden zufügen werde. Und wie es so kam: Ausgerechnet der CDU, der er so lange treu gedient hatte, will man am Wahltag die meisten Stimmen abziehen. Denn von 2000 befragten Bürgern, die einen Coupon der „Demokratischen Alternative" ausfüllten, hätten allein 500 bisher die CDU gewählt und dies als „kleinstes Übel" in der Parteienlandschaft empfunden. Ob diese Wähler jedoch die „DA" als noch kleineres Übel oder gar als Wohltat empfinden und dies auch auf dem Stimmzettel zum Ausdruck bringen wollten, diese Frage fehlte auf den Coupons.

„Strauß sollte Flick beraten"

dpa, Bonn

Der jetzige Flick-Generalbevollmächtigte Heribert Blaschke hat sich 1978 an den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß mit der Bitte gewandt, den Konzernchef Friedrich Karl Flick auf mögliche Schwierigkeiten bei Anträgen des Unternehmens auf Steuervergünstigungen hinzuweisen. Blaschke begründete seinen Schritt vor dem Untersuchungsausschuß am Freitag damit, daß der frühere Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch ihn „abgeblockt" habe.

Blaschke hatte offenbar Bedenken, die Angaben zu der Kooperation des Unternehmens mit dem amerikanischen Mischkonzern Grace könnten nicht ausreichen. Mit dieser Kooperation hatte Flick die Anträge auf Steuerbefreiung aus volkswirtschaftlichen Gründen untermauert, nachdem er sich für rund 800 Million Mark bei Grace eingekauft hatte.

Reents verteidigt Randalierer

AP, Bonn

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Jürgen Reents, hat am Freitag in Bonn die Gruppe von Punkern in Schutz genommen, die am Vortag wegen „Randale" im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Hausverbot im Bundestag erhalten hatten. Reents, der die 50 Jugendlichen aus Hamburg zu einem offiziellen von der Bundesregierung bezahlten Besuch eingeladen hatte, bestätigte in einer Erklärung unter anderem, daß die jungen Leute im Ministerium ein Bild von Bundespräsident Richard von Weizsäcker „von der Wand geklaut", Möbelstücke beschädigt und im Hotel Feuerlöscher entladen hätten.

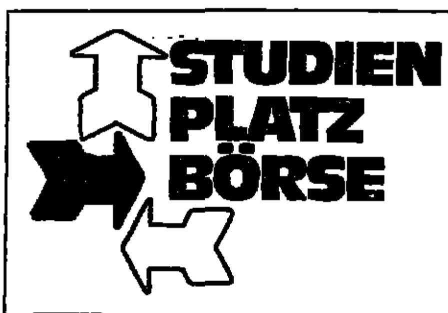
Sowas könne mal vorkommen, „wenn 50 Jugendliche mit der Repräsentation eines Staates und einer Gesellschaft zusammentreffen, die ihnen no future beschert", sagte der Abgeordnete der Grünen.

Minister will Kabel verweigern

AP, Bonn

Bundesländer, die nicht die medien- und rundfunkpolitischen Voraussetzungen für die Verbreitung privater Programme schaffen wollen, sollen von der Bundespost offenbar nicht mit den dafür benötigten Verkabelungsnetzen versorgt werden. Das hat Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling am Freitag sowohl vor Journalisten in Bonn als auch in einem Brief an den nordrheinwestfälischen Ministerpräsidenten, Johannes Rau, angedeutet.

Der Minister sagte nach einer Wirtschaftsministerkonferenz der Länder in Bonn, es werde keine zusätzliche Verkabelung für neue Fernsehprogramme geben, wo nicht entsprechende positive Signale für die Zulassung solcher Programme gegeben würden. „Man braucht keine Wasserleitungen dort, wo kein Wasser fließen soll", sagte Schwarz-Schilling.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1985

Humanmedizin

1. klinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Aachen	Freiburg
2	Aachen	Heidelberg
3	Aachen	Münster
4	Aachen	Würzburg
5	Bonn	Erlangen
6	Bonn	Freiburg
7	Bonn	TU München
8	Bonn	Uni München
9	Bonn	Tübingen
10	Bonn	Ulm
11	Bonn	Würzburg
12	Bochum	Erlangen
13	Bochum	Freiburg
14	Bochum	Tübingen
15	Bochum	Ulm
16	Bochum	Würzburg
17	FU Berlin	Aachen
18	FU Berlin	Bonn
19	FU Berlin	Bochum
20	FU Berlin	Düsseldorf
21	FU Berlin	Essen
22	FU Berlin	Erlangen
23	FU Berlin	Freiburg
24	FU Berlin	Göttingen
25	FU Berlin	Heidelberg
26	FU Berlin	Hamburg
27	FU Berlin	Lübeck
28	FU Berlin	Köln
29	FU Berlin	Uni Kiel
30	FU Berlin	Marburg
31	FU Berlin	Münster
32	FU Berlin	TU München
33	FU Berlin	Uni München
34	FU Berlin	Mainz
35	FU Berlin	Saarbrücken
36	FU Berlin	Würzburg
37	Düsseldorf	Bonn
38	Essen	Düsseldorf
39	Essen	Erlangen
40	Essen	Lübeck
41	Essen	TU München
42	Essen	Uni München
43	Essen	Mainz
44	Frankfurt	TU München
45	Frankfurt	Uni München
46	Gießen	Aachen
47	Gießen	Düsseldorf
48	Gießen	Freiburg
49	Gießen	Köln
50	Gießen	Uni München
51	Gießen	Tübingen
52	Göttingen	Frankfurt
53	Göttingen	Freiburg
54	Göttingen	Heidelberg
55	Göttingen	Hamburg
56	Göttingen	Mannheim
57	Göttingen	TU München
58	Göttingen	Uni München
59	Göttingen	Mainz
60	Göttingen	Würzburg
61	Hannover	TU München
62	Hannover	Uni München
63	Heidelberg	Freiburg
64	Heidelberg	Hamburg
65	Heidelb.	TU München
66	Heidelb.	Uni München
67	Hamburg	Freiburg
68	Hamburg	Tübingen
69	Lübeck	Frankfurt
70	Lübeck	Mainz
71	Köln	Aachen
72	Köln	Düsseldorf
73	Köln	Freiburg
74	Köln	Hannover
75	Köln	Hamburg
76	Köln	Lübeck
77	Köln	Uni Kiel
78	Köln	Münster
79	Köln	TU München
80	Köln	Uni München
81	Köln	Tübingen
82	Köln	Ulm
83	Marburg	Erlangen
84	Marburg	Frankfurt
85	Marburg	Göttingen
86	Marburg	Hamburg
87	Marburg	Lübeck
88	Marburg	Uni Kiel
89	Marburg	Münster
90	Marburg	Uni München
91	Marburg	Mainz
92	Marburg	Tübingen
93	Marburg	Ulm
94	Marburg	Würzburg
95	Münster	Erlangen
96	Münster	Freiburg
97	Münster	Hamburg
98	Münster	Mainz
99	Münster	Tübingen
100	Mainz	Frankfurt
101	Mainz	Mannheim
102	Saarbrücken	Erlangen
103	Saarbrücken	Freiburg
104	Saarbrücken	Heidelberg
105	Saarbr.	TU München
106	Saarbr.	Uni München
107	Saarbrücken	Tübingen
108	Saarbrücken	Ulm
109	Saarbrücken	Würzburg
110	Ulm	Tübingen

Humanmedizin

2. vorklinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Bonn	Hamburg
2	FU Berlin	Freiburg
3	FU Berlin	Heidelberg
4	Frankfurt	Göttingen
5	Freiburg	Mainz
6	Marburg	Heidelberg
7	Mainz	Gießen
8	Mainz	Marburg
9	Ulm	Hannover
10	Ulm	Hamburg
11	Ulm	Uni Kiel

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1984/85

Spaniens Reformpartei sucht ideologische Lücke

Vorrangiges Ziel ist, den Sozialisten Wähler abzujagen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Keine Komplementärpartei, „sondern die einzig wahre Alternative zur Regierungspartei". So charakterisierte der katalanische Politiker Miguel Roca die von ihm in Bewegung gesetzte Demokratische Reformpartei (PRD) bei ihrer Gründung in Madrid.

Da Roca bereits Fraktionssprecher der katalanischen (Landes-) Regierungspartei im Madrider Parlament ist und er bei keiner zweiten Partei arbeiten kann, blieb ihm die Rolle des „Initiators" überlassen. Außerdem ließ sich eine grüne Partei in das Register eintragen als „Los Verdes" (LV=Die Grünen). Die Starthilfe von Petra Kelly mag schon aus der Namensgebung sichtbar werden.

Präsident der Reformpartei wurde Antonio Garrigues Walker, der kurz zuvor die von ihm nach langem Zögern gegründete liberal-demokratische Partei auflöste, um sich der neuen Aufgabe widmen zu können. Garrigues gehört einer wohlhabenden, politisch sehr vielseitigen Familie an.

Sie stellte in der alten Generation einen der führenden Diplomaten der Franco-Ära, verwaltete das den deutschen Bürgern nach dem Kriege abgenommene Eigentum in amerikanischem Auftrag. Ein Bruder des Parteichefs der jetzigen Generation starb als erfolgreicher Minister unter Adolfo Suarez, ein anderer Bruder hat sich den Löwenanteil am spanischen Handel mit der Sowjetunion gesichert.

Den Kern der neuen Partei bilden im wesentlichen Persönlichkeiten aus der zweiten Linie der inzwischen untergegangenen Suarez-Partei UCD. Die Reformpartei will „die Lücke zwischen der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) des Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez und der liberal-konservativen Volksallianz (AP) des Oppositionssprechers Manuel Fraga Iribarne füllen".

Pragmatische Politik

Ideologisch gesehen aber gibt es gar keine Lücke zwischen diesen beiden Parteien, denn beide bekennen sich zur Mitte. Die Sozialisten gerieren sich sozialdemokratisch, ihre Wirtschaftspolitik ist pragmatisch und die Volksallianz hatte es als Mitte-Rechts-Partei lange Zeit schwer, sich als solche in der Opposition zu profilieren.

Das Handikap der AP besteht in dem ihr von der Regierungspartei und der linken Presse aufgeschwatzten „Dach" des Parteiführers Fraga. Trotz oder wegen seiner für Spanien sehr erfolgreichen Politik als Minister für Tourismus in der Franco-Ära glaubt man, daß Fraga nicht über ein gutes Drittel des Wählerpotentials hinauskommen kann.

Auch die neue Reformpartei setzt auf diese These und hofft bei den Wahlen 1986 der sozialistischen Regierungspartei jene drei Millionen Wähler abjagen zu können, von denen Felipe Gonzalez selbst sagte, er habe sie sich vom bürgerlichen Lager geliehen. Um diese drei Millionen an sich zu ziehen, müßten sich die Reformisten aber deutlich von der Sozialistischen Partei absetzen und schon lange vor den Wahlen ein Bündnis mit der Volksallianz ankündigen.

Fraga umstritten

Die nächsten Landeswahlen in Galizien dürften die Weichen für den Zug des bürgerlichen Lagers stellen: Sollte wieder die AP gewinnen, wird Fraga unantastbar bleiben. Die Reformpartei hätte im Alleingang keine Chance. Sollte er verlieren, dürfte sich die AP nach einer anderen Führung umsehen. Der frühere Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Ferrer Salat, ist im Gespräch. Fraga würde Ehrenpräsident werden.

Eine solchermaßen entschärfte AP hätte durchaus die Chance, selber die „geliehenen" drei Millionen der PSOE abzujagen, zumal der Koalitionspartner der AP, die christdemokratische Partei Oscar Alzagas, dann mehr Gewicht bekäme. Die Erweiterung dieser Koalition durch die neue Reformpartei würde dann auch in der Lage sein, den Sozialisten pari zu bieten.

Die immer noch vorhandene CDS des Adolfo Suarez – zwei Abgeordnete im Parlament – möchten die Sozialisten und die ihr nahestehende Presse des In- und Auslandes nur gar zu gerne hochjubeln (weil Suarez von den Sozialisten abhängig ist und auf jeden Fall mit ihnen zusammengehen müßte). Allein – die Wähler der Mitte wollen klare Linien, und diese finden sie nur bei den Sozialisten und bei der Allianz.

Interessant in diesem Zusammenhang erscheint auch die Entwicklung der KP. Heftige Streitigkeiten zwischen dem Generalsekretär Iglesias und dem Sprecher der vier Parlamentsabgeordneten der KP, Ex-Chef Carrillo, könnten „zum Verschwinden der Partei führen", wie Carrillo sagte. Die eigentliche und nicht zu unterschätzende Bedeutung der KP liegt jedoch außerhalb der Partei in der kommunistischen Gewerkschaft Comisiones Obreras. Das zeigen die Unruhen im Baskenland. (SAD)

Neofaschisten Italiens „nicht mehr im Getto"

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Mit dem Slogan „Dalla protesta alla proposta" (Vom Protest zum konstruktiven Vorschlag) versucht Italiens neofaschistische Sozialbewegung (MSI) auf ihrem 14. Parteitag in Rom, sich ein neues Image als konstitutionelle Rechtspartei zu geben.

Sie hatte damit sofort einen in der Öffentlichkeit weithin beachteten Anfangserfolg: Zum erstenmal erschienen auf einem MSI-Parteitag Gastdelegationen sowohl der Christdemokraten als auch der Sozialdemokraten und der Liberalen. Selbst der kommunistische Bürgermeister Roms, Ugo Vetere, sandte ein Grußtelegramm. MSI-Sekretär Giorgio Almirante verkündete unter Hinweis auf dieses Novum: „Unsere Einsperrung in ein Getto ist beendet."

In seinem Einführungsreferat, das bei den Delegierten langanhaltenden Applaus fand, jedoch nicht mehr die Demonstration der zum faschistischen Gruß erhobenen Delegiertenarme provozierte, umriß Almirante die Position seiner Partei als anti-kommunistisch und anti-christdemokratisch.

Er plädierte für eine „neue Republik", in der Staatspräsident und Bürgermeister direkt vom Volk gewählt und das Kooperationswesen eine zentrale Rolle spielen sollten. Im übrigen zeigte er sich bemüht, als Sprecher aller Unzufriedenen im Volk zu erscheinen – sowohl der Arbeitnehmer, die gegen die Einschränkung der Lohnindexierung ankämpfen, als auch der Selbständigen, gegen deren Steuerhinterziehungspraxis sich das vom MSI im Parlament hartnäckig bekämpfte Steuerpaket richtet.

In puncto Steuerhinterziehung vertrat er die These, der Bürger, der keine Steuern zahle, sei kein Steuerhinterzieher. Er sei nur mißtrauisch, weil er nicht wisse, wo sein Geld lande. „Das Regime wird beherrscht von einer Führungsgruppe zynischer Vertreter der besitzenden Klasse", sagte er. DC-Präsident Piccoli, der die Gastdelegation seiner Partei anführte: Einen politischen Vorschlag könne man das kaum nennen.

Offensichtlich spekuliert das MSI, nachdem es ihm gelungen ist, demokratisch quasi „gesellschaftsfähig" zu werden, auf die Proteststimmen breiter Kreise des jetzigen Regierungslagers. Politische Beobachter Roms schließen nicht aus, daß diese Spekulation bei den im Frühjahr fälligen administrativen Neuwahlen aufgehen könnte. Sie geben der Almirante-Partei die Chance, ihren Stimmenanteil, der bei den letzten allgemeinen Parlamentsneuwahlen 6,8 Prozent betrug, auf Kosten der Regierungsparteien um einige Punkte zu verbessern.

Sorgen in Malta: Wie lange bleibt die Demokratie noch erhalten ?

Die Bindungen zu Libyen und der Sowjetunion / Willküraktionen der Regierung Mintoff

Von PETER SCHMALZ

Das Bild soll von Maltas Zukunft künden: Premier Dom Mintoff, seit 35 Jahren auch Chef der regierenden Labour Party, hält die lodernde Fackel in der hochgereckten Hand, die Sonne steigt rotglühend aus dem Mittelmeer, und eine vor Erwartung strahlende maltesische Familie folgt dem Führer. Polit-Kitsch der Art, die den Sieg des Sozialismus auch andernorts auf dieser Welt bunt herbeibeten möchte. Das Bild hängt in der Labour-Zentrale im Arbeiterort Sengleas unweit von Maltas Trockendocks, zu denen sich kaum ein Tourist verirrt. Der Meister der politischen Pinselkunst kam aus Nordkorea – wie auch die Handvoll Sicherheitsexperten, die derzeit Mintoffs Inselpolizei instruieren.

Ein anderes Bild dokumentiert Maltas traurige Gegenwart: Das Werk eines unbekannten Malers hängt in den Wandelgängen der erzbischöflichen Residenz in Florianna nahe der Hauptstadt Valletta. Der leidende Christus, gedemütigt von seinen Häschern, ist bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Schlagstöcke und Eisenstangen haben die alte Leinwand zerfetzt. Nach einer Labour-Demonstration, die Mintoffs Vize und designierter Nachfolger Mifsud Bonnici anführte, waren Schlägertrupps in das alte Gebäude zur großen Randale eingedrungen. Die Polizei, deren örtliche Zentrale nur zwei Häuser weiter liegt, bequemte sich mühselig zum Tatort, genügend langsam, um den blindwütigen Zerstörern ausreichend Zeit zu lassen, unbehelligt und unerkannt zu entkommen.

Beide Bilder markieren die Kontrapunkte, zwischen denen das nur 316 Quadratkilometer große Kalksteinplateau – von den Engländern im Zweiten Weltkrieg wegen der strategischen Bedeutung als „unsinkbarer Flugzeugträger" gelobt – zu einem Pulverfaß am südlichen Rand der NATO zu entarten droht. Selbst der deutsche Botschafter, Eberhard Schmitt, äußert mit diplomatischer Vorsicht Bedenken, „ob die Demokratie bewahrt bleibt". Der CSU-Europa-Abgeordnete Fritz Pirkl, an der Spitze einer Besuchergruppe der Hanns-Seidel-Stiftung auf Studienreise im Land, faßt seine Eindrücke drastischer zusammen. Das habe ja fast kubanische Aspekte, meint er, hier gebe es „vorrevolutionäre Anzeichen". Noch weiter geht Fenech Adami, Vorsitzender der oppositionellen Nationalisten. Sein Urteil über den Zwei-Parteien-Staat: „Die Demokratie ist am Ende."

Adamis Ärger scheint verständlich: Bei den letzten Parlamentswahlen vor drei Jahren hatte er mit seiner Partei, die Nats oder die Blauen genannt, mit 50,9 Prozent die absolute Mehrheit erzielt, durch eine geschickte Wahlkreisänderung kurz vor der Wahl sicherte sich aber Mintoff mit nur 49,1 Prozent einen Drei-Sitze-Vorsprung im Parlament. Verhandlungen über die Rücknahme dieser Willküraktion wurden kürzlich von der Regierung abgebrochen.

Der Abbau demokratischer Elemente geht mit rasantem Tempo voran. Die 85 Prozent der Lehrer, die



Partner Khadhafis: Maltas Premier Dom Mintoff FOTO:CAMERA PRESS

jüngst an einem Streik wegen artfremder Arbeitsbelastung teilgenommen haben, wurden sämtlich kurzerhand an andere Schulen strafversetzt. Labour Party und die größte Gewerkschaft verschmolzen miteinander, die Gewerkschaft bekam zwei Sitze in der Regierung und stützt seither die Preis- und Lohnstopp-Politik. In diesen Tagen wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Justizminister bemächtigt, unliebsame Richter – bei Wahrung ihrer Bezüge – zu entlassen. Treuherzig erklärt Vizepremier Bonnici deutschen Besuchern, der Justizminister werde bei seinen Entscheidungen die Unabhängigkeit der Justiz schon beachten, müsse er sich doch dem „harten politischen Test" der Opposition und der Presse aussetzen.

Politische Beobachter aber sehen einen Zusammenhang zwischen dem Richtergesetz und einer Niederlage der Regierung vor dem Verfassungsgericht, das in erster Instanz Enteignungspläne des sozialistischen Inselchefs am größten Grundbesitzer, der Kirche, für unzulässig erklärte. Im Schulstreit mit der katholischen Kirche, die nach einer Gallup-Umfrage in keinem anderen europäischen Land ein höheres Ansehen als in Malta besitzt, signalisierte die Kurie letzte Woche eine vorübergehende Entspannung: Sie akzeptierte bis Ende dieses Schuljahres die Regierungsforderung, für ihre Schulen, die von einem Drittel der maltesischen Kinder besucht werden, kein Schulgeld mehr zu verlangen, fordert für die Zeit danach aber eine befriedigende Lösung. „Wir können die Schulen sonst nicht finanzieren", sagt Pater Joseph Borg und rechnet vor, das höchste Schulgeld von jährlich 72 Malta-Pfund (460 Mark) bedeute nicht mehr als eine Schachtel Zigaretten am Tag.

Mit Sorge verfolgen konservative Politiker die Bündnispolitik der marxistisch orientierten sozialistischen Regierung. Wohl beteuern Vertreter von Labour und Regierung die Bereitschaft, auch mit westlichen Ländern Bündnisse zu schließen (ein Neutralitätsvertrag mit Italien besteht seit 1980), die Bruderhand wird jedoch nach dem Osten ausgestreckt: Während japanische Importe völlig gestoppt wurden, kam ein Tauschvertrag mit der UdSSR zustande, dem nach Malta Textilien und Schiffsreparaturen gegen Öl und Autos aus Rußland liefert. Bei einem Besuch Mintoffs in Moskau am 17. Dezember wird der Abschluß eines Freundschaftsvertrages erwartet, ein Neutralitätsabkommen mit Moskau besteht seit 1981.

Schon am Montag soll das Parlament in Valletta einen Freundschaftsvertrag mit Libyen absegnen, der beim Staatsbesuch des libyschen Revolutionärs Khadhafi in der letzten Woche unterzeichnet wurde. Darin verpflichtet sich Libyen, dem Inselstaat auf Wunsch militärischen Beistand zu leisten, um, wie es heißt, die maltesische Neutralität zu unterstützen und zu verteidigen.

„Auch wir wünschen freundliche und korrekte Beziehungen zu Tripolis", sagt Oppositionschef Adami, „aber durch die Politik Mintoffs wird Malta zu einer neuen Kolonie Libyens." Auf der Insel wächst die Befürchtung, die Labour Party könne nun auch versuchen, die nächsten Wahlen Anfang 1987 zu unterlaufen, nachdem Vize Bonnici schon laut mit dem Gedanken eines Einparteienstaates spielte.

Maltas Weg nach links ist mittlerweile selbst an der Fassade der Regierungszentrale zu erkennen, wo die einst grünen Fensterläden mit einem leuchtenden Rot überpinselt sind.

Elf Mütter protestieren bei Husak

KNA, Preßburg

Die Mütter von elf aus dem Preßburger Priesterseminar ausgewiesenen Studenten haben den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Gustav Husak um Wiederaufnahme ihrer Söhne in das Seminar gebeten. Der vom 15. September datierte Brief wurde jetzt im Westen bekannt. Die Mütter beklagen, daß die Strafmaßnahmen gegen ihre Söhne vollkommen willkürlich erfolgt seien. Wie seinerzeit in den Konzentrationslagern

willkürlich verfahren worden sei, so sei jeder zehnte Student aus dem Seminar relegiert worden.

Die Behörden hatten die Studenten nach einem 48stündigen Hungerstreik im Oktober 1980 relegiert, an dem sich 120 Studenten der Theologischen Fakultät beteiligt hatten, um gegen die Einmischung der regimetreuen Priesterbewegung „Pacem in terris" in die Angelegenheiten des Seminars zu protestieren. Die Behörden hätten die Namensliste aller Seminaristen angefordert und jeden zehnten ausgesondert, schreiben die Mütter. Die betroffenen Studenten seien zunächst nach Hause geschickt und erst später vom Ausschluß aus dem Seminar benachrichtigt worden.

Deutsche beteiligt an Rüstungsprojekt

rtr, Washington

Das deutsche Unternehmen Diehl GmbH und Co wird an der Entwicklung der gemeinsamen amerikanisch-europäischen Panzerabwehrrakete beteiligt sein. Das amerikanische Verteidigungsministerium teilte mit, außer Diehl teilten sich das US-Unternehmen Martin Marietta, Brandt Armemento aus Frankreich und die biritische Thorn EMI Electronics in das Projekt. Die Gesamtkosten werden für die nächsten Jahre auf umgerechnet rund 1,65 Milliarden Mark geschätzt. Die radargelenkte Waffe soll von Mehrfachraketenwerfern des amerikanischen Heeres abgeschossen werden.



Heute beginnt die WELT mit einer Serie über die Zukunft: Sieg der Sterne. Es ist ein Thema, das wie kein anderes den Ausgang des 20. Jahrhunderts beherrschen wird. In den Laboratorien der beiden mächtigsten Staaten der Erde tobt die größte technologische Schlacht der Geschichte. Es geht um die lichtgeschwinden Strahlenwaffen zur Abwehr interkontinentaler Raketen. Wenn diese neue Technik im Weltraum einsatzbereit ist, verändert sich die bisher gültige Form des internationalen Gleichgewichts. Abschreckung würde dann nicht mehr auf gegenseitig angedrohter Vernichtung beruhen, sondern auf der Möglichkeit zur Abwehr dieser Vernichtung. In seiner bahnbrechenden Rede vom 23. März 1983 kündigte Präsident Reagan an, daß Amerika die bisherige nukleare Bedrohung zu beenden entschlossen sei. Wird sein Land als erstes den Weltraum beherrschen? Thomas Kielinger sprach in Washington mit dem Leiter des US-Forschungsprogramms zur strategischen Abwehr, General James A. Abrahamson. Es ist das erste Interview, das der General exklusiv einer europäischen Zeitung gegeben hat. In vier weiteren Folgen beschreibt Adalbert Bärwolf, technologischer Korrespondent der WELT, die technischen und wisssenschaftlichen Aspekte des amerikanischen Projektes.

„Abwehr einer Bedrohung – das ist der Kern“

Von THOMAS KIELINGER

WELT: General Abrahamson, Amerikaner und Russen treffen sich im Januar zu vorbereitenden Gesprächen über eine neue Abrüstungsrunde. Teil der Thematik werden die Weltraumwaffen und Weltraumabwehrsysteme sein, deren Entwicklung Ihrer Oberleitung untersteht. Angenommen, die Sowjets verlangen ein Moratorium in diesem Bereich – und die amerikanischen Unterhändler gehen darauf ein – würde das nicht dem von Präsident Reagan verkündeten Ziel widersprechen, die Verteidigungsfähigkeit der USA weiter auszubauen?

Abrahamson: Ich sehe da überhaupt kein Problem. Sie müssen sich vor Augen halten, was der wirkliche Zweck der „Strategischen Verteidigungsinitiative“ (Strategic Defense Initiative, SDI) des Präsidenten ist: Erhöhung der Sicherheit für die USA und unsere Verbündeten. Reagan stellte zunächst unsere Wissenschaftler vor die Herausforderung: „Findet Mittel und Wege, den militärischen Wert offensiver Waffen aufzuheben.“ In seiner Rede vom 23. März 1983 – und das wird von den Leuten, die darüber diskutieren, meistens übersehen – wandte sich der Präsident aber auch an die Abrüster, mit einer zweiten Herausforderung: „Und wenn diese Waffen dann überflüssig geworden sind, ist es an Ihnen, den Abrüstungsexperten, einen Weg zu finden, diese Waffen ganz zu beseitigen.“

WELT: Sie wollen damit sagen ...

Abrahamson: ... daß das übergreifende Ziel nicht darin zu sehen ist,

> „Wir vermögen technisch alles .. Und eins müssen Sie wissen: Ich bin ein Technologie-Optimist“

einfach neue Waffen zu schaffen, sondern bestehende zu reduzieren und eine sichere Welt zu bauen. Im übrigen handelt es sich bei unserem Programm – und das muß ich immer wieder hervorheben – um ein Forschungsprogramm, unternommen innerhalb der Grenzen bestehender Vertragsvereinbarungen. Es ist ein Programm für die Zukunft, für die lange Frist, für zukünftige Präsidenten und einen zukünftigen Kongreß. Die Tatsache, daß die Sowjets sich so brennend interessieren für das, was wir hier treiben, ist ein gutes Omen.

WELT: Aus dem Sie schließen, daß es diese neuen amerikanischen Raumprogramme sind, die Moskau an den Verhandlungstisch zurückgebracht haben? Eine Art Verhandlungsanreiz also?

Abrahamson: Ich bin kein Experte in sowjetischen Motiven ... Wer ist das schon? Aber geholfen haben muß es, denn die Thematik steht jetzt auf der Genfer Tagesordnung.

WELT: Sie behaupten, das amerikanische Programm bleibe innerhalb der bestehenden Vertragsvereinbarungen, also auch innerhalb des 1972 geschlossenen ABM-Vertrages, der strikt verbietet, antiballistische Systeme über die zwei damals konzedierten hinaus „zu entwickeln, zu testen oder zu dislozieren“. Wie wollen Sie das begründen?

Abrahamson: Forschungen sind erlaubt. Schauen Sie sich nur das Forschungsprogramm der Sowjets an, das sie auf diesem Gebiet betreiben, und das schon länger als wir. Ein wichtiger Aspekt, den die Leute meistens übersehen. Außerdem sind die Sowjets im Besitz des einzigen betriebsbereiten Systems der Welt. Das heißt, sie besitzen beträchtliche Erfahrung damit, und haben diese Erfahrung in ihre Planung für die Offensive und die Defensive eingespeichert. Jenseits dieses existierenden Systems haben sie auch schon, wie ich Ihnen sagte, lange lange Zeit im Bereich der Strahlenwaffen geforscht. Mir liegt ein Artikel aus sowjetischen Quellen vor, geschrieben 1982, sehr interessant. Darin wird die gesamte Architektur dessen, was wir jetzt versuchen, entworfen, und das lange vor der Rede des Präsidenten.

WELT: Muß man daraus nicht folgern, daß beide Seiten, Russen und Amerikaner, sehr bald in ihren Forschungen an die Entwicklungs- und Testphase stoßen, sich dann treffen und sagen: Der alte ABM-Vertrag – den müssen wir neu verhandeln, die Fortschritte der Technik haben ihn erledigt?

Abrahamson: Nein, nicht unbedingt. Aber Ihre Frage enthält eine interessante Prämisse. Erstens: daß beide Seiten, A und B, in ihren Forschungen Erfolg haben werden. Zweitens: daß sie sich finden und darüber einig werden, daß Defensivsysteme einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und zur Abschreckung leisten. Das ist ein Teil dessen, was wir die ganze Zeit über sagen. Sozusagen der Schlüssel.

WELT: Um noch einmal auf ein mögliches Moratorium bei den Antisatelliten-Waffen (ASAT) zurückzukommen, das in Genf beschlossen werden könnte. Das würde Ihnen doch die einzige „Teststrecke“ rauben, die Sie für Ihr Raketenabwehrprogramm noch haben: den Raum, oder? Die Technik für Raketenabwehrsysteme und ASAT-Waffen hat schließlich vergleichbare Merkmale; ein ASAT-Moratorium müßte daher auch ihr BMD-Programm (Ballistic Missile Defense – Raketenabwehr) zügeln.

Abrahamson: Also von „rauben“ würde ich nicht sprechen. Wir müßten unsere Tests eben nur anders abwickeln. Schon jetzt arbeiten wir unter strengen Auflagen bestehender Abmachungen.

WELT: Diese ganze ungeheure Anstrengung für eine neue „Option“, wie Sie es nannten – die strategische Verteidigung – wird sie nicht zunichte gemacht durch das klassische Gesetz, daß jede Defensive durch neue Durchbrüche bei den Offensivwaffen überwältigt werden kann?

Abrahamson: Ich kenne kein physikalisches Naturgesetz dieser Art.

WELT: Also gut, wenn kein Naturgesetz – dann aber doch ein Faktum der Empirie.

Abrahamson: So? Ein Faktum der Empirie? Was Sie nicht sagen! Wissen Sie, ich bin nicht einmal sicher, was genau eine Offensivwaffe und was eine Defensivwaffe ist. Nummer eins. Zugeben will ich freilich, daß wir im Atomzeitalter, das jetzt über 30 Jahre alt ist, bisher immer davon ausgegangen sind, diese neue Waffe, die Atomrakete, stelle gewissermaßen ein neues Ur-System dar, gegen das es keine Abwehr gebe. Die Russen teilten nie diese westliche Auffassung; sonst hätten sie bestimmt nicht Milliarden von Dollar oder Rubeln in Defensivsysteme und deren weitere Erforschung gesteckt. Sie gehen mithin davon aus, daß dies zu ihrer Sicherheit beiträgt.

Was Sie da vortragen, diese These, daß jede Defensive vom nächsten Stadium der Offensive überwältigt werden könne, höre ich dauernd von unseren Kritikern aus der Wissenschaft, vorab der „Union of Concerned Scientists“, wie auch aus anderen Kreisen, und da kommt mir eine Patina von wissenschaftlichem Jargon entgegen, die ich einfach zurückweisen muß. Ich gehe weiter und sage: Da klingt purer Unsinn an.

WELT: Könnten Sie das einmal genauer ausführen?

Abrahamson: Dazu stehe ich einmal auf und male Ihnen das an der Wandtafel hier vor. Also die „Union of Concerned Scientists“ spricht in ihrem Bericht, der überall zitiert wird, von den Satelliten, deren Umlaufbahn man im Gegensatz zur Flugbahn von Raketen genau anpeilen könne. Denn da gehe es jeweils um physikalische Gesetze des betreffenden Umlaufs. Ich kann Ihnen aber versichern: Wenn da eine Rakete auf diesen Silo hier anfliegt, oder auch auf eine Stadt, und sie kommt aus jenem Silo dort, von der anderen Seite, da liegt zwar keine Umlaufbahn vor, aber ein Flugweg, der den gleichen physikalischen Gesetzen gehorcht. Die Rakete fliegt dabei einen Teil ihres Wegs auch durch den Raum. Dabei kann sie ein paar Bewegungsmanöver veranstalten, sich so und so „durchschlängeln“, aber das können Satelliten in ihren Umläufen auch.

Und jetzt kommt das, was sich im Vergleich zu vor zwölf Jahren eben geändert hat. Vor zwölf Jahren benötigten wir noch ganz bestimmte Sensoren, ein ganz bestimmtes Radar, das würde hinaufblicken und einen Vektor erhalten, und in diesem Kreisausschnitt konnte man dann die Satellitenbahn berechnen. Etwas später hätten wir dann wieder hinaufblikken, uns den nächsten Vektor geben lassen müssen, und so weiter und so fort, bis sich unser Bild von der Umlaufbahn des Satelliten genügend verfeinert haben würde. Hier hat die Computerentwicklung der letzten Jahre riesige Fortschritte gemacht, von denen wir jetzt zu profitieren beginnen. Wir brauchen heute nur noch für ganz kurze Zeit die Umlaufbahn eines bestimmten Satelliten oder jede beliebige Flugbahn zu beobachten, und schon können wir akkurat peilen. Die Vorteile der neuen Technologie.

WELT: Was Folgen auch für die Reaktionszeit hat.

Abrahamson: Genau. Damit komme ich zum zweiten Teil Ihrer angeblich unschlagbaren Offensivwaffen. So, wie wir das fliegende Ziel schneller und akkurater berechnen können, können wir auch den Weg unseres Abwehrsystems schneller und besser einsetzen. Und den Punkt, wo beide aufeinandertreffen. O. k. Und nun der Rest des Problems: Was genau ist es, das wir da in unserem Visier vorfinden? Sprengköpfe – nachdem sie sich von der Trägerwaffe gelöst haben. Ich nehme dies Beispiel aus dem mittleren Teil der Flugbahn der Rakete, zwischen der Aufsteigphase und der Schlußphase (boost phase und terminal phase). Ein Sprengkopf ist bisher noch ein ziemlich gewichtiges Ding, muß es sein, denn er hat ja den Wiedereintritt vor sich.

Und hier teilt sich die Problematik von Satelliten und Raketen. Es ist etwas ganz anderes, ob man einen Satelliten oder einen Raketensprengkopf mit schwerer Panzerung ausrüstet. Und auch etwas anderes, ob man, weil man jetzt Strahlenwaffen von Lichtgeschwindigkeit gegen sich hat, einen Satelliten oder einen Sprengkopf weiter massiert, absichert.

Denn: Wenn demnächst ein Sprengkopf nicht nur gegen den Wiedereintritt sondern auch noch gegen Energiestrahlen gefeit werden muß, dann geht das – aus Gewichtsgründen – nur, indem ich andere Sprengköpfe von der Spitze der Rakete weglasse.

Und wenn mein Gegner sich zu solch einem Schritt gezwungen sieht, – weiß Gott, das hat die Defensive dann schon wirksam gemacht. Wenn die Russen, um mit ihrer SS-18 durchzukommen, vom Kopf dieser Mehrfachsprengkopfrakete fünf der bisher zehn Sprengköpfe weglassen müssen, so ist unsere Defensive in diesem Fall schon zu 50 Prozent erfolgreich gewesen.

Das heißt nicht, daß wir uns auf unserem Wege irgendwann ausruhen können. Denn irgendwann wird auf der anderen Seite immer wieder ein helles Köpfchen auftreten mit einer neuen Idee, wie man den Defensivschild durchdringen kann. Darauf müssen wir wieder eine Antwort finden.

Astronaut und General

Die US-Luftwaffe ist seine Heimat, der Weltraum sein Metier, die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) der USA sein gegenwärtiger Job: Generalleutnant James A. Abrahamson, 51 Jahre alt. Abrahamson ist Absolvent des berühmten Massachusetts Institute of Technology (MIT), trat früh in die Airforce ein und war schon zwischen 1961 und 1964 mit Satellitenforschung befaßt. Im Vietnam-Krieg flog er später 49 Kampfeinsätze. Ausgebildet als Astronaut, für das dann aufgegebene bemannte Orbital-Labor, avancierte der schon mit 41 Jahren zum General Beförderte schließlich 1981 zum Leiter des Space-Shuttle-Programms. Anfang 1984 machte ihn Reagan zum Leiter des wichtigsten Zukunftsprogramms der USA. FOTO: AP

WELT: Ohne einen Gewinn an Stabilität – an Sicherheit, wie Sie selber zugeben – könnte man wohl das SDI-Programm kaum rechtfertigen. Können Sie ungefähr angeben, von welchem Grad der Wirksamkeit ab ein Abwehrsystem, der gegenwärtigen Gleichung des Schreckens hinzugefügt, Abschreckung und internationale Stabilität erhöhen würde? Wie zuversichtlich müssen Sie hinsichtlich ihres dreischichtigen Abwehrschirms werden, ehe daraus ein Gewinn an Stabilität erwächst? Kann man das in Prozenten ausdrücken?

Abrahamson: Nein. Es wäre unverantwortlich, zu sagen, es sei bei 89,5 Prozent so weit oder bei 90 Prozent oder wo immer. Aber eine Sache weiß ich ganz genau, und das ist das, was der Präsident uns vorgab. Lassen Sie mich das an der Tafel mit diesem hier gezeichneten Koordinatensystem demonstrieren. Die y-Achse zeigt Ihnen den Grad der Wirksamkeit an, die x-Achse die benötigte Forschungszeit. Wir gehen jetzt also in diese ansteigende Linie. Wichtig ist der nationale Wille, auch die internationale Übereinkunft. Man wird sehr bald das Potential sehen, die ungeheuren Möglichkeiten, man wird das auch an den Mitteln sehen, die bereitgestellt werden. Den nationalen Willen betone ich immer wieder. Der kommt noch vor den technischen Möglichkeiten. Wir vermögen technisch alles, der Westen hat das meines Erachtens immer bewiesen, und eins müssen Sie wissen: Ich bin ein Technologie-Optimist. Also noch einmal – wir können diese Dinge in den Griff kriegen, wenn wir nur wollen, wenn wir den Willen aufbringen, uns zu verteidigen.

Aber wenn wir natürlich nur einen Teil der Wegstrecke zurücklegen und dann aufhören, bei – sagen wir – 40, 50 oder 60 Prozent, dann braucht die andere Seite nur zu folgern: Gut, wir bauen eben drei weitere Raketen mit der entsprechenden Sprengkopfzahl, und so werden wir den Schild der Gegenseite überwinden. Das ist genau das, was man in den Köpfen der Planer auf der anderen Seite eben nicht bezwecken will. Was man ihnen vorführen will, ist der Stoß nach vorne, das Weiterdringen, den wachsenden internationalen ...

WELT: Das Vordringen in Richtung 100 Prozent?

Abrahamson: Es geht hier nicht um genaue Prozentzahlen. Ich sage Ihnen, es ist viel wichtiger, daß die andere Seite die richtigen Schlüsse aus unserem Tun zieht und in entsprechender Weise antwortet. Wie sollte diese Antwort lauten? Erstens: Einsehen, daß der Bau weiterer Offensivwaffen keine Probleme löst, so daß als einzige Antwort die Abrüstung bleibt. Zweitens: Geld, mehr Geld in die strategische Verteidigung stecken. Das tun die Russen ja auch schon, und zwar ganz beträchtlich.

Dabei stoßen sie auf ein ähnliches Probem wie wir: das der verfügbaren Mittel. Jeder auf die Defensive verwandte Rubel, jedes Gehirn, daß mit dieser Technik befaßt ist, wird nicht zum Einsatz stehen für die Entwicklung einer neuen Rakete, die uns töten kann.

Nehmen Sie dies immer in Ihren Kopf auf: Wir arbeiten nicht an einer neuen Bedrohung. Das ist der ganze Kern. Keine neue Bedrohung, sondern die Abwehr einer bestehenden Bedrohung.

WELT: Was aber, wenn Ihre Verbündeten in Europa sich nicht mit diesem Verteidigungsschirm geschützt fühlen? Wenn sie mißtrauisch werden und sagen: Hier beginnen die USA und die UdSSR, ihre nationalen Räume immun zu machen, und wir, die Europäer, bleiben ungeschützt zurück?

Abrahamson: Zuerst einmal möchte ich hoffen, daß die Europäer nicht den Schluß ziehen, dieses Thema treibe uns auseinander. Die Sache liegt genau umgekehrt: Das SDI-Programm weckt neues Vertrauen, daß die USA weitere Optionen – auch zum Schutz Europas – zur Verfügung haben, und im Falle einer akuten Krise nicht mehr so bedroht dastehen. Das kann doch nur gut sein. Und die Technik, an der wir arbeiten, kann auch in Europa Anwendung finden. Eine SS-20 etwa, die zeigt unmittelbar nach Abschuß ähnliche Merkmale wie die Interkontinentalraketen.

WELT: Wie ist es mit niedrigfliegenden Geschossen wie Cruise Missiles, etc.?

Abrahamson: Wir haben verschiedene Studien in Arbeit. Alle Probleme auf einmal lösen, das kann ich leider nicht. Ich schaue zunächst auf das Problem, von dem die größte Instabilität, die größte Gefahr ausgeht: die landgestützten Interkontinentalraketen. Warum gaben wir vor langen Jahren auf, eine Abwehr gegen hereinfliegende Bomber zu bauen? Wegen der ICBMs.

Zur Frage, was von unseren Forschungen für Europa abfällt. Da mache ich mir Hoffnungen, auch eines Tages solche Waffen wie Cruise Missiles anzugehen, oder die taktischen Atomraketen. SS-20 – das ist als Problem nicht schwieriger als die ICBMs, wie ich schon andeutete. Aber eine SS-23 oder SS-21, da liegt der Fall komplizierter.

WELT: Käme gegen diesen Typ von Waffen nicht ein ATBM-System (anti tactical ballistic missile) in Frage, etwa nach Art einer überarbeiteten Version des „Patriot“?

Abrahamson: Das ist denkbar. Im taktischen Bereich gibt es ja auch keine Vertragseinschränkungen, und daher schauen die Experten der ATBM-Frage ja auch schon auf uns, ob unsere Forschungen ihnen nicht bald erlauben, den Angreifer noch besser abwehren zu können.

WELT: Kann Europa selber am SDI-Projekt mitarbeiten?

Abrahamson: Das geschieht bereits.

WELT: Aus kalifornischen Laboratorien hört man, daß dieses Reden über europäische Mitbeteiligung am SDI-Projekt nur eine leere politische Geste sei; denn im Grunde hätte die amerikanische Wissenschaft alles schon – na, sagen wir es einmal salopp – im Sack.

Abrahamson: Ich wollte, das wäre so. Hier ist die richtige Perspektive nötig. Sicherlich, wenn Sie unser „homing overlay“-Experiment nehmen ...

WELT: Sie meinen den Test im Juni, als eine ICBM in der mittleren Phase ihres Fluges von einer anderen Rakete getroffen wurde?

Abrahamson: Genau. Den Juni-Versuch. Also in diesem Test haben wir die Machbarkeit einer bestimmten Technik demonstriert.

> „Wir verabschieden uns hier von einem Konzept, das viele, viele Jahre hindurch akzeptiert worden ist.“

Wenn jetzt jemand sagte, es wäre in unserem Interesse, damit voranzumarschieren, also bitte – diese Entwicklung könnte beginnen. Nebenbei bemerkt, die hier beschriebene Technik könnte sehr wohl für die taktische Verteidigung in Europa (terminal defense) anwendbar werden. Sie wäre sehr, sehr hilfreich im Rahmen der militärischen Lage in Europa. Und doch sind viele von uns auch mit dieser Technik, die wir jetzt schon einführen könnten, noch nicht zufrieden, und so forschen wir weiter.

WELT: Sie kennen einen weiteren Einwand gegen das SDI-Programm: Daß eine gelungene Defensive zwischen den Supermächten Europa reif für einen konventionellen Krieg mache. Was sagen Sie dazu?

Abrahamson: Oh je, dieser Unsinn! Wirklich, es ist höchste Zeit, daß über das ganze Defensiv-Konzept eine internationale Debatte im großen Stil geführt wird. Damit endlich begriffen wird: Wir verabschieden uns hier von einem Konzept, das viele, viele Jahre hindurch akzeptiert worden ist.

WELT: Das Konzept der gegenseitig zugesicherten Vernichtung, MAD (Mutually Assured Destruction)?

Abrahamson: Ja. Und darüber sollten die Menschen nachdenken, und zwar sorgfältig – über alle Implikationen. Aber das darf nicht so geschehen, wie es einer unserer Kongreßabgeordneten einmal über moderne Regierungsmethoden prägte: „Regieren mit dem T-Shirt.“ Damit meint er die Neigung, ein sehr komplexes Thema zu einer knappen, emotional aufgeladenen, dabei simplen Phrase zu verkürzen. So geht's nicht. Das dient niemandem.

Aber wo Sie schon fragen: Wir haben hier in Washington bereits eine Reihe von Kriegsszenarien für Europa durchgespielt, unter der Rubrik „Was geschieht in Europa mit oder ohne SDI?“ Die Resultate waren verblüffend und sehr unterschiedlich. Alles beginnt mit der Frage: Was passiert, wenn die sowjetischen Planer Feindseligkeiten initiieren? Sie tun das nur, wenn ihre Gedankenkette von einer gewissen Zuversicht getragen ist, also etwa: Ich habe hinter der limitierten Aktion, die ich hier starte, die Möglichkeit zu einem massiven konventionellen Nachziehen. Wenn das Schwierigkeiten macht, kann ich immer noch soweit gehen, die Amerikaner zu warnen, sich da herauszuhalten, denn ich könnte ja ihre Städte zu zerstören anfangen.

Die sowjetischen Planer müssen sich doch fragen, wenn alle Stricke reißen: Haben wir die unabweisliche Gewißheit, zu zerstören und dabei zu siegen? Mit unserer Defensivforschung, die die letzte Stufe der Eskalation gefährdet, vermindert sich für die Sowjets die Siegesgewißheit mehr und mehr. Sie können nicht mehr sicher sein, die Eskalation im Griff zu behalten.

WELT: Nun gut, das versteht man ja. Aber die Sowjets könnten die Abwehrtechnik auch auf ihrer Seite haben und was ...

Abrahamson: Also um so mehr Anlaß für uns, nicht hinter ihnen zurückzubleiben.

WELT: Ja, aber was geschieht dann mit der NATO-Doktrin des nuklearen Ersteinsatzes? Die ist doch dann kaltgestellt. Und somit würde der konventionelle Krieg möglich, denn beide Seiten wüßten, daß ihre Atomwaffen abgefangen werden können.

Abrahamson: Moment mal, wer kann in einer solchen Situation schon die Kampfbedingungen diktieren. Sie behaupten, dann hingen die Europäer ganz von der Frage ab, ob die 14 Männer im Kreml Westeuropas Städte vernichten oder nicht. Das ist zu emotional und verkürzt formuliert.

Sie müssen den ganzen Komplex der Eskaltionsbeherrschung untersuchen, die auch für den SDI-Fall nicht eindeutig ist. Da liegt die wirkliche Beantwortung Ihrer Frage. Es gibt keine simple Folgenanalyse für den europäischen Schauplatz, bei Verfügbarkeit von Defensivsystemen. Man extrapoliert da immer falsch.

Daher will ich Ihnen auch zum Schluß einen großartigen deutschen Witz erzählen, den ich über alles liebe. Dieser Witz hat mit der gerade angesprochenen Art von Schlußfolgerungen zu tun. Es geht da um die deutsche Akademie der Wissenschaften – so ein Treffen mit den verwandten Organisationen Europas in der deutschen Akademie.

Man trifft sich in München, damals, vor langer Zeit, weil man besprechen will, wie eigentlich der Nordpol erreicht werden kann. Alle sind sich einig: Logistik, das ist das Problem. Also rufen wir ein Komitee für Logistik ins Leben. Das Komitee trifft sich, mit sehr renommierten Leuten darunter, und beschließt: Die Frage werden wir lösen. Aber die Studien können Monate verschlingen.

Doch siehe da, schon am nächsten Tag beriefen sie ein Plenum ein und verkündeten: „Wir haben die Antwort!“ „Oh Gott, wie ist das möglich?“, rief es im Chor. „So schnell?“ „Ganz einfach“, antwortete das Komitee. „Wir brauchen keine Logistik.“ „Keine Logistik? Verehrte Kollegen, was meinen Sie damit?“ Und die Antwort kam standhaft und fest:

„Sehr einfach. Nachdem wir den Konferenzraum gestern verlassen hatten, begannen wir mit der Diskussion. Wir kehrten in den ersten Bierkeller ein und hatten eine sehr lebhafte Debatte. Unser Hotel lag im Norden, wir gingen also, nachdem wir diesen Bierkeller hinter uns hatten, einen Häuserblock weiter in nördliche Richtung. Da war wieder eine Kneipe, wo wir unsere Auseinandersetzung fortsetzten. Dann weiter nach Norden ... der nächste Häuserblock ... wieder ein Bierkeller: Die Sache wurde uns ganz klar. Zum Nordpol braucht man sich nur auf die Bierstuben zu verlassen, denn es gibt eine an jeder Ecke auf dem Weg nach Norden.“

WELT: General Abrahamson, schönen Dank für den Witz und das Gespräch.

„Ich rufe die Wissenschaftler auf . . .“

Am 23. März 1983 forderte US-Präsident Reagan die Wissenschaftler und Techniker seines Landes auf, einen militärischen Abwehrschirm im Weltall zu entwickeln. Die WELT dokumentiert die Kernpassagen der „Star Wars“-Rede, deren ganze Tragweite erst heute in Europa richtig erkannt wird:

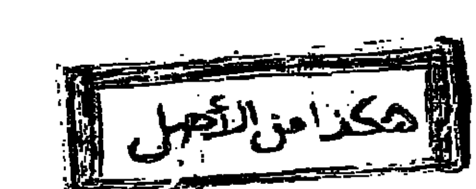
„Was wäre, wenn freie Menschen in dem Bewußtsein leben könnten, daß ihre Sicherheit nicht von der Drohung eines umgehenden amerikanischen Vergeltungsschlags zur Abschreckung eines sowjetischen Angriffs abhängt – daß wir Interkontinentalraketen abfangen und vernichten können, noch ehe sie unser Gebiet oder das unserer Verbündeten erreicht haben?

Ich weiß, daß dies eine gewaltige technische Aufgabe ist, eine Aufgabe, die möglicherweise nicht vor Ende dieses Jahrhunderts bewältigt werden kann. Doch hat die Technik jetzt einen so hohen Stand erreicht, daß es angemessen scheint, diese Anstrengungen jetzt zu unternehmen ...

Angesichts dieser Überlegungen rufe ich die Wissenschaftler, die uns die Atomwaffen bescherten, dazu auf, ihre großartigen Talente in den Dienst der Menschheit und des Weltfriedens zu stellen und uns Mittel an die Hand zu geben, die diese Atomwaffen wirkungslos und überflüssig machen ... Heute abend ... tue ich einen wichtigen ersten Schritt. Ich erteile den Auftrag, in umfassenden und intensiven Anstrengungen ein langfristiges Forschungs- und Entwicklungsprogramm mit dem Fernziel zu erstellen, daß die von den Atomraketen ausgehende Bedrohung beseitigt wird.“

Am Montag in der WELT:

Adalbert Bärwolf berichtet aus dem Atomwaffen-Laboratorium Livermore (Kalifornien) – Kanonen schießen mit Licht – „Novette“, der mächtigste Laser der Welt – Amerika spielt seine Trumpfkarte der Technologie aus.



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rätselhafte Wipfeldürre

Sehr geehrte Herren,

in der allgemeinen Diskussion über das Waldsterben fällt auf, daß die meisten Beiträge den Eindruck erwecken, als habe der Autor die entscheidende Ursache entdeckt, oder, *umgekehrt*, er müsse eine anderweit betonte Ursache als mehr oder weniger belanglos herunterspielen. Dabei handelt es sich doch zweifellos um ein Syndrom aus einer bisher noch nicht genau überschaubaren Reihe von Ursachen. Hierzu ein m. E. bisher zu wenig beachteter Teilaspekt:

Seit 1931 bewirtschaftete ich als junger *Anfänger den alten, 1945 geraubten* Familienbesitz in Nordwest-Sachsen. Als ich im Juni 1934, also in einer Zeit, zu der vom Waldsterben noch nirgends die Rede war, mit meinem forstlichen Berater, einem Oberforstmeister i. R. und erstklassigen Fachmann, *einmal draußen im Walde* über die mir rätselhafte Wipfeldürre meiner *Fichten sprach*, führte er etwa folgendes aus: Um 1820 habe der damalige sächsische Landforstmeister v. Sch. die lichten, ungepflegten und mehr oder weniger sich selbst überlassenen Laubwälder in reine Fichtenwälder umgewandelt. Diese wurden nach dem ersten Umtrieb etwa um die letzte Jahrhundertwende kahlgeschlagen und *wiederum* mit Fichten aufgeforstet. Und nun, etwa 30 bis 40 Jahre später, zeigten sich die Folgen der Monokultur, ohne Fruchtwechsel und auf teilweise für die Fichte nicht geeigneten Böden, was im ersten Umtrieb noch nicht sichtbar geworden sei. In diesem Fall sei der Verursacher ein bestimmter, tierischer Schädling. In der Landwirtschaft spüre man die Folgen seiner *begangenen Fehler nach ein bis zwei* Jahren, in der Forstwirtschaft nach einem Jahrhundert.

Er schloß – wohlgemerkt vor genau 50 Jahren! – mit den mir unvergeßlichen Worten: „Ich bin ein alter Mann, Sie sind jung und haben das Leben *vor sich. In ein paar Jahrzehnten* werden Sie wegen dieser Fehler in den deutschen Wäldern eine Katastrophe erleben. Dann denken sie an mich!"

Mit freundlichen Grüßen
W. von Reiswitz,
Bad Camberg

Über Ostpreußen

„Der Wolf kommt aus Rußland"; GEISTIGE WELT vom 24. November

Sehr geehrte Herren,

ich habe mit großem Interesse den Aufsatz „Der Wolf kommt aus Rußland" gelesen, da meine Familie aus Ostpreußen stammt. Ich möchte Sie bzw. den Autor auf zwei Fehler aufmerksam machen:

● In Lyck lag nicht das östlichste Ordensschloß! Das östlichste Deutsch-Ordensschloß war Narwa (Estland); gegenüber, auf der anderen Seite der Narwa, lag die russische Grenzfestung Iwangorod (1492 von Iwan III. gegründet). Wegen der Deutsch-Ordens-Grenzfestung Narwa verweise ich auf Brockhaus, Band 13 (1971), S. 202. Auch weise ich in diesem Zusammenhang auf den Aufsatz „Landnahme mit Kreuz und Schwert. Vor 750 Jahren zogen die Deutschritter nach Osten" Ihres Autors Walter Görlitz (DIE WELT „*Griff in die Geschichte*", aus dem Jahre 1980 (?)) hin.

● Die historische Begegnung der preußischen Königin Luise mit Napoleon fand nicht in Osterode, sondern am 6. 7. 1807 in Tilsit statt!

Mit freundlichem Gruß
W. Skorning,
Aachen-Brand

Rhetorischer Purzelbaum

„Leserbrief: Unterschlagene Unterschiede"; WELT vom 22. November

Herr Dr. Remmers umgeht das Problem Süd-Nord-Bildungsgefälle in gewohnter Eloquenz. Er lenkt auf Teilaspekte (Zentralabitur, Stellung des Schulleiters), die mit der Sache wenig bis gar nichts zu tun haben. Er *unterstellt dem Deutschen Philologenverband* ohne viel Federlesens (natürlich auch ohne Beleg) „hochtrabende Primitivität" z. B. in der niedersächsischen Orientierungsstufendiskussion. Und er belehrt auch den WELT-Autor Zehm, „offensichtlich noch nicht begriffen *zu haben*, daß es ... 1986 in Niedersachsen ... um den Fortbestand des Gymnasiums geht".

Ach ja, zum Schluß doch noch etwas zum Thema, wenn *auch* in Form eines rhetorischen Purzelbaums: „Könnten ... die großen beruflichen Chancen Zugereister in der bayerischen Industrie", so der Fraktionsvorsitzende, nicht aus dem „viel größeren Anteil an naturwissenschaftlichem Unterricht" in Niedersachsen resultieren?

Man muß das verstehen: Dr. Remmers tut, was er den Kritikern unterstellt. Er unterschlägt das Votum des CDU-Landesparteitags 1984 (WELT vom 2. 4. 1984) gegen „seine" integrierte Orientierungsstufe. Er nimmt zu ihren Gunsten massiv Einfluß, indem er einen Beschluß der CDU-Landtagsfraktion zur Wahrung der Orientierungsstufe in der bisherigen Form herbeiführt, obwohl die sogenannte Bestandsaufnahme des zuständigen Ministers längst nicht abgeschlossen ist. Und Herr Dr. Remmers hat offensichtlich selbst noch nicht begriffen, daß diese Orientierungsstufe (wie übrigens auch die beabsichtigte Streichung des 13. Schuljahrs) den Fortbestand des Gymnasiums lange vor der Niedersachsenwahl 1986 gefährden – beileibe ja *nicht nur des Gymnasiums, sondern* des gegliederten Schulwesens überhaupt! GEW-Vertreter und neuerdings auch der SPD-Spitzenkandidat Schröder bestätigen das immer offener.

Wie aber steht es jetzt und in der *Zukunft um das Süd-Nord-Bildungs*gefälle, Herr Dr. Remmers?

Gerhard Kohlweyer,
Winsen (Luhe),
Pressereferent der Ortsgruppe Winsen des Philologenverbandes Niedersachsen

Wort des Tages

❞ Vor allem müssen wir lernen, dem andern zuzuhören, in sein Denken, seine Einstellungen einzudringen und sie von innen heraus zu verstehen, anstatt lange Monologe zu führen, in denen man nur sich selbst zuhört. ❞

Roger Schütz; franz. Theologe (geb. 1915)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Falsches Bild

Die Friedrich Flick Industrieverwaltung in Düsseldorf stellt zum Artikel „Pokerspiel" in der WELT vom 26. November 1984 klar:

● Nicht Flick ist an anderen, sondern andere sind an uns vor Monaten herangetreten mit der Absicht, Krauss-Maffei zu kaufen.

● Nicht Flick hat dieses Thema in die Öffentlichkeit gebracht, sondern dies ist von anderen Seiten geschehen – ohne Rücksicht auf das Unternehmen Krauss-Maffei und seine Mitarbeiter, sondern offenbar auch in der Absicht, die Position der Interessenten zu verbessern.

● Der Artikel „Pokerspiel" ist dafür ein besonders eklatantes Beispiel, weil hier gezielt der Eindruck vermittelt werden soll, Flick müsse verkaufen. Mit falschen Zahlen und negativen Schlußfolgerungen wird der Versuch unternommen, Wert und Leistungsfähigkeit eines Unternehmens der Gruppe Flick – und damit nicht genug: auch Wert und Leistungsfähigkeit der Gruppe Flick *insgesamt* – herabzusetzen und herabzuwürdigen, indem behauptet wird, daß Flick gar nichts anderes übrigbleibe als zu verkaufen.

● Wir stellen fest: Flick muß Krauss-Maffei nicht verkaufen. Die Geschäftslage und die Finanzkraft der Gruppe Flick sind fundiert. Nach dem guten Jahr 1983 erwarten wir für 1984 ein weiter verbessertes Ergebnis.

Flick-Pressestelle
Manfred Kiesewetter

Grenada kehrt wieder zur Demokratie zurück

Parlamentswahlen am Montag / Favorit ist Herbert Blaize

WERNER THOMAS, St. George's

Danny Williams, ein Parlamentskandidat der „Neuen Nationalpartei" (NNP), fragt bei einer Kundgebung in der Gemeinde Victoria: „Hättet ihr euch im Oktober vergangenen Jahres *träumen lassen, daß ein solches Er*eignis wieder stattfinden würde?" „No, man", antwortet *die Menge* spontan. „Ich auch nicht", bekennt Williams. „Ich zitterte damals um mein Leben." Dreizehn Monate und eine Woche nach der Rettungsaktion amerikanischer und karibischer Truppen, die die kurze, blutige Herrschaft stalinistischer Putschisten beendete, kehrt Grenada zur Demokratie *zurück. Am kommenden Montag* (3. Dezember) wird die Bevölkerung ein neues Parlament und eine neue Regierung wählen.

Die Vergangenheit bestimmt die Zukunft. Noch immer sind die Menschen von der Erinnerung traumatisiert: *viereinhalb Jahre Sozialismus* unter dem charismatischen Marxisten Maurice Bishop, der durch einen Coup an die Macht gekommen war und am 19. Oktober 1983 mit seinen engsten Vertrauten auf Befehl radikaler Parteirivalen hingerichtet wurde. Der „*Revolutionsregierung*" des Volkes folgten sechs Tage Angst, Ungewißheit, Gewalt.

Zwei politische Veteranen dominieren nun diesen Wahlkampf, Gairy und Herbert Blaize, ebenfalls ein ehemaliger Premier. Sir Eric (62), seit *Anfang des Jahres wieder in Grenada*, steuerte von seinem rosaroten Haus auf einem Hügel der Hauptstadt St. George's die Kampagne seiner „Vereinigten Labour-Partei Grenadas" (GULP). Er versprach „eine westliche Demokratie britischen und *amerikanischen Musters*".

„Reagan-Airport"

Er umarmte die nach wie vor populären Amerikaner, denen er im Süden der Insel Land für einen Marinestützpunkt anbieten will. Im Norden wünscht sich Gairy einen britischen Stützpunkt. Der neue *internationale* Flughafen soll den Namen Ronald Reagan erhalten. Sosehr Sir Eric die Amerikaner hofiert – die Diplomaten der US-Botschaft, im Ross-Point-Hotel *untergebracht*, hoffen auf einen Erfolg von Herbert Blaize. „Wir wären in einer peinlichen Situation, wenn die Labour-Partei siegen würde", gestand ein Missionsvertreter. „Wir müßten unser gesamtes Grenada-*Engagement* überprüfen."

Blaize (66), der fünf Jahre lang (1962 bis 1967) Grenada regierte, ist ein Mann der politischen Mitte, er könnte ein Christdemokrat sein. Er predigt die „*Versöhnung der Nation*" und erinnert: „Wir haben die Vergangenheit noch nicht verkraftet." Von allen Kandidaten geht von ihm die geringste polarisierende Wirkung aus. Er warnt offen vor einer neuen Gairy-Ära: „Die Hölle würde ausbrechen, eine Hexenjagd würde uns drohen."

Sehnsucht nach Ruhe

Die „Neue Nationalpartei" wird *von den anderen Gruppen als ausländische* Interessenvertretung diskreditiert. Sie war erst am 26. August aus drei gemäßigten Bewegungen auf der Insel Union Island formiert worden, die zu St. Vincent gehört. Drei Premierminister standen Pate: James Mitchell (St. Vincent), Tom Adams (Barbados) und John Compton (St. Lucia).

Die Anhänger des ermordeten Premiers Bishop haben die „Patriotische Bewegung Maurice Bishop" (MBPM) gegründet, an deren Spitze der frühere Justizminister Kenrick Radix und der frühere Landwirtschaftsminister George Louison stehen. „Unsere Chancen sind so gut wie die der anderen Parteien", meint Louison (32), der allerdings weiß, daß die MBPM am meisten unter der Vergangenheit leidet. Radix und Louison versuchen antiamerikanische Haßgefühle zu schüren. Sie *fordern den Abzug* der „Besatzungstruppen" (neben 240 Amerikanern befinden sich noch 392 karibische Soldaten auf Grenada). Und sie fordern ihrerseits einen Namen für den von den Kubanern begonnenen und von den Amerikanern *vollendeten Flughafen*: „*Maurice* Bishop International Airport".

Die emotionalisierenden Elemente wirkten jedoch eher abschreckend. Deshalb haben Herbert Blaize und seine „*Neue Nationalpartei*" die besten Chancen, die erschöpfte Übergangsregierung des Pädagogen Nicolas Braithwaite abzulösen und die Zukunft der Insel zu bestimmen. An mehreren Häuserwänden von St. George's steht ein Slogan, der die Stimmung *im Volke wiedergibt*: „No Gairy Fascism, no jewel communism." (SAD)

Mehrheitsentscheidung ist erneut im Gespräch

Eine politische Bestandsaufnahme der EG vor dem Gipfel

HORST STEIN, Brüssel

Im Zusammenhang mit der EG assoziiert das Wort Gipfel die Hoffnung auf Auskunft darüber, wie es weitergehen soll. *Das Publikum, durch* viele Veranstaltungen dieser Art oftmals enttäuscht, beharrt noch immer auf dieser Erwartungshaltung. Und es könnte auch diesmal wieder, nach dem Gipfeltreffen der Europäischen Gemeinschaft in Dublin, enttäuscht sein.

Denn die Regierungschefs werden *in der irischen Hauptstadt* auch diesmal wieder mit Problemen konfrontiert, über die sich die Experten schon nicht einigen konnten. Am Problem der Süderweiterung zum Beispiel, also der Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG, haben sich die Außen- und die Fachminister schon die Zähne ausgebissen. Es ist *einfach leichter*, die *Erweiterung* grundsätzlich zu beschließen, als sie faktisch und en Detail zu organisieren. Binnenzölle, Sozialgesetzgebung und der Olivenmarkt sind in etwa noch in den Griff zu bekommen, notfalls auch die iberische Sardinenproduktion. Wohin aber mit dem spanischen Wein? Den meisten in der EG *ist mittlerweile klar, daß sich* dieses Thema nicht ohne manchmal sogar blutige Verteilungskämpfe bewältigen läßt. Es sei denn, die EG-Partner würden sehenden Auges in eine Konstruktion hineinschliddern, die noch kostspieliger wäre als der Butterberg. *Das aber will keiner. Die Bundes*republik, seit langem Hauptzahler in der EG, am wenigsten. Sie wäre einmal mehr die finanziell Leidtragende solcher Beschlüsse.

Was sonst?

Aber die Zeiten, da man deutsche Bundeskanzler „Mr. Goldfinger" nannte, sind vorbei. Schon jetzt, im Zehnerverbund, sind die Entscheidungsprozesse kaum noch steuerbar, Formelkompromisse, die das Eingeständnis des Scheiterns ersparen sollen, gehören zur Tagesordnung. Nur: Was *sonst*? Was soll an *die* Stelle der Europa-Idee gesetzt werden? Die neuerdings propagierte Rückkehr zum Prinzip der Mehrheitsentscheidung – Rückkehr, weil die Väter der Römischen Verträge gerade daran dachten und nicht an den sperrigen Consensus *omnium* – wäre für Bonn jedoch gefährlich. Denn das Mehrheitsvotum, für das sich jetzt wieder der französische Europa-Minister Dumas und der *Staatsminister im Auswärtigen Amt*, Mertes, aussprachen, impliziert freilich, daß es auch gegen die deutschen Interessen ausfallen kann. Das ist so, als würde der dicke reiche Onkel seine armen Neffen darüber befinden lassen, wann er den Safe zu öffnen hat. Schon die Mehrheit der jetzigen EG hätte die Gemeinschaftseinnahmen bereits *1984* heraufgesetzt – ohne die von Bonn erzwungene Verpflichtung auf eine solidere Kassenführung. Und sie wird wohl auch immer wieder auf höheren Einnahmen für Brüssel bestehen, solange die Deutschen oder die Briten dies bezahlen.

Eigene Vorstellungen

Die Mehrheit der Zehn wie der Zwölf hat eigene Vorstellungen von Industrie- und Handelspolitik. Dirigismus und Staatsinterventionismus sind bei ihnen, anders als in der freihändlerischen Bundesrepublik, keine negativen Begriffe. Wie anders zum Beispiel ist die *Misere* der europäischen Stahlindustrie entstanden, wenn nicht durch die Super-Subventionen etwa der Italiener, mit denen der Faktor Lohnkosten komplett aus der Staatskasse abgedeckt wird? Der modernste unter den deutschen *Stahlkochern, Korff, mußte dagegen* Konkurs anmelden, und Bonn stand wegen einiger Arbed-Millionen in Brüssel um Zustimmung an.

Der Gipfel in Dublin, mit dem die EG-Präsidentschaft der Iren im übrigen zu Ende geht, wird deshalb voraussichtlich einmal mehr zeigen, daß die Europäische Gemeinschaft an einem Scheideweg angelangt ist. Wird sie ein loser Interessenverbund bleiben mit dem Hauptverdienst, immer*hin, den Lebensstandard* der Bauern jenem der übrigen Bevölkerung angeglichen zu haben? Viele Dänen fassen Europa so auf, und manche Briten wollen es eigentlich auch nicht viel anders. Griechen wie Italiener freuen sich schon auf die fetten Gewinne aus dem *EG-Mittelmeer-Programm*. Und wenn erst einmal die Spanier und die Portugiesen mit von der Partei sind, so weiß man in Rom und Athen, dann läuft nichts mehr ohne die Mediterranen. In diesen Kontext sind die Pläne zu ordnen, den Gedanken einer Politischen *Union* endlich voranzutreiben. Das liegt im Interesse der Bundesrepublik und Frankreichs.

Personalien



GEBURTSTAGE

Viele Leser der WELT, aber auch anderer Blätter des Hauses Springer schätzen seine ironisch-versöhnlichen Zeichnungen: **Wilhelm Hartung**, der am Sonntag 65 Jahre alt wird. Schon durch seinen ersten Schullehrer kam er zur Zeichnerei und hatte bis zum Abschluß der Schulausbildung immer in Zeichnen „sehr gut". 1939 legte er in Cuxhaven das letzte Friedens-Abitur ab. Es folgten Arbeitsdienst und Wehrdienst in der Luftwaffe. 1944 heiratete er in Spika, einer Gemeinde südlich von Cuxhaven, seine Frau Inna. Sein Schwiegervater war dort Landdoktor. Nach sowjetischer Kriegsgefangenschaft kam Hartung im Herbst 1946 nach Hause zurück, war zunächst Milchkontrolleur und begann in Hamburg das Pädagogik-Studium, das er nach der Währungsreform wegen Geldmangel aufgeben mußte. Er ging dann als Karikaturist zum „Hamburger Anzeiger", und nach der Einstellung dieser Zeitung 1957 engagierte ihn **Hans Zehrer** für die WELT. Mit dem Umzug der WELT nach Bonn 1975 *schied Hartung aus der* Redaktion aus. Er arbeitet seither frei*schaffend*, *ist* neben der WELT auch anderen Objekten des Hauses wie „Hör Zu" und „Funkuhr" verbunden und veröffentlicht regelmäßig in der „Verkehrszeitung". Drei Bücher hat Hartung selber geschrieben und illustriert und außerdem viele Buchillustrationen geliefert und selbst Skat-Kartenspiele entworfen. *Wilhelm Hartung ist* ein großer Fachmann und Liebhaber des plattdeutschen Dialekts (er schreibt am liebsten in Plattdeutsch), dazu ein großer Pferdekenner und auch Pferdeliebhaber.

*

Die Mitherausgeberin und frühere *Chefredakteurin* der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit", **Marion Gräfin Dönhoff**, wird am 2. Dezember 75 Jahre alt. Die weitgereiste und für ihre publizistische Tätigkeit vielfach geehrte Journalistin gehört der „Zeit" seit 1946 an. Frau Dönhoff übernahm 1968 als erste Frau in Deutschland die Chefredaktion einer politischen Zeitung. Anfang 1973 wurde sie Herausgeberin der „Zeit". Zu den zahlreichen Ehrungen, die Gräfin Dönhoff für ihre journalistische Arbeit erhielt, gehören der Thodor-Heuß-Preis (1966) und der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (1971). Gräfin Dönhoff, die Tochter eines ostpreußischen Großgrundbesitzers, studierte Volkswirtschaft in Basel und Frankfurt, schloß 1935 mit der Promotion ab und trat in die Leitung der ostpreußischen Familiengüter ein. Anfang 1945 flüchtete sie in den Westen. Von ihren Büchern wurden die Erinnerungen an die ostpreußische Heimat unter dem Titel „*Namen, die keiner mehr nennt*" (1962) am bekanntesten.

*

Der Chefredakteur und Mitherausgeber der „Deutschen Tagespost" in Würzburg, Vorsitzender des Sachausschusses „Öffentlichkeitsarbeit" im Diözesanrat der Katholiken des Bistums Würzburg, **Ferdinand Römer**, wurde 65 Jahre alt. In Neurath/Kreis Grevenbroich geboren, gehört Römer seit dem Gründungsjahr 1948 der einzigen überregionalen katholischen Tageszeitung als Redakteur an. Nach dem Tod des Gründers und Herausgebers **Johann Wilhelm Naumann** 1956 übernahm er die Redaktionsleitung der „Deutschen Tagespost". Sein publizistisches Wirken wurde durch die Verleihung des Päpstlichen Silvesterordens, des Bayerischen Verdienstordens und des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse geehrt.

VERANSTALTUNG

Unter der Schirmherrschaft des CDU-Bundstagsabgeordneten **Helmut Sauer** wurde in der *Deutschen* Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn der 13. Weihnachtsbasar des Christlichen Jugenddorfwerks Deutschland eröffnet. Im Clubhaus der Bundestagsabgeordneten zeigen junge Aussiedler aus der Sowjetunion, Rumänien und den polnisch verwalteten Ostgebieten sowie Flüchtlinge aus Eritrea und Vietnam 3000 kunstgewerbliche Gegenstände, die in 40 Jugenddörfern im Laufe des Jahres entstanden. **Dr. Christopher Dannenmann**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Christlichen Jugenddorfwerks, wies vor rund 200 Gästen, zu denen auch Bundestagspräsident **Philipp Jenninger**, der Bundesminister **Werner Dollinger** und die Staatssekretärin **Irmgard Karwatzki** gehörten, darauf hin, daß 40 000 Mark beim 12. Weihnachtsbasar zusammenkamen. Die gesamte Summe sei der Freizeitarbeit der Jugendlichen in diesem größten freien Jugendbildungs- und Ausbildungswerk der Bundesrepublik zugute gekommen. Der Basar ist bis zum 14. Dezember geöffnet.



Bonner Mahnung an Jaruzelski

CDU/CSU: Warschau muß Verständnis für Offenhalten der deutschen Frage zeigen

GERNOT FACIUS, Bonn

In die Diskussion um die Beziehungen Bonns zu Warschau und über den abgesagten Genscher-Besuch in Polen hat die CDU/CSU am Freitag mit einer politischen Positionsbeschreibung eingegriffen, die keine Zweifel an dem Rechtsstandpunkt der Bundesregierung läßt. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe verband das „Verständnis für das Interesse der Polen an gesicherten Grenzen" mit dem Hinweis, daß „wir allerdings auch Verständnis für unser Anliegen erwarten, die deutsche Frage politisch und rechtlich offenzuhalten". In einem Gespräch mit dem „Hamburger Abendblatt" sagte Rühe: „Diese unfruchtbare Grenzdiskussion sollte ebenso unterbleiben wie die unsinnigen Revanchismuskampagnen."

Die Bundesrepublik Deutschland erhebe gegen niemanden Gebietsansprüche und werde dies auch in Zukunft nicht tun. Der Akzent dieser Erklärung liegt auf „Bundesrepublik". Rühe wollte damit deutlich machen, daß einem künftigen gesamtdeutschen Souverän in dieser Frage nicht vorgegriffen werden darf. Damit bewegte er sich genau auf der Linie der Ostverträge, die keine Grenzanerkennungs-Verträge sind. Von sozialdemokratischer Seite ist in den vergangenen Wochen, und zuletzt während der jetzt abgeschlossenen Etatdebatte, über die mit den Verträgen markierte Linie hinausgegangen worden und die polnische Regierung versucht, wie jüngst General Jaruzelski selbst, den Eindruck zu erwecken, daß auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher der Oder-Neiße-Linie die Qualität einer endgültigen Grenze gibt (WELT v. 30. 11.). Offensichtlich ist es das Ziel der Äußerungen des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden, Unruhe in den eigenen Reihen über eine angebliche Positionsveränderung der Koalition in der Grenzfrage zu dämpfen.

Der Regierung in Warschau versichert Rühe, daß die Union bei ihrer Politik der Verständigung mit Polen „die heutige polnische Regierung nicht umgehen" könne. Rühe fügte hinzu: „Wir sind für sachliche und korrekte Arbeitsbeziehungen mit ihr." In diesem Sinne müsse der verschobene Warschau-Besuch des Bundesaußenministers bald nachgeholt werden. Zugleich signalisiert der Unionspolitiker aber der Führung um Jaruzelski, daß Bedingungen irgendwelcher Art im Zusammenhang mit einer Warschau-Visite Genschers nicht akzeptiert werden könnten: „Unsere Hand bleibt ausgestreckt, aber wir lassen uns weder anmaßend behandeln noch laufen wir jemandem nach."

Rühes Positionsbestimmung fällt in eine Zeit, in der der Ostblock seine „Revanchismus"-Kampagne gegen Bonn täglich steigert. So druckte das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" am Freitag einen Kommentar von Radio Moskau nach, der sich mit einem vom Bundespresseamt herausgegebenen Kalender befaßt, in dem die Gebiete östlich von Oder und Neiße als unter Verwaltung stehende Gebiete gekennzeichnet sind. Kritisch wird weiter vermerkt, daß Bundeskanzler Kohl und der CSU-Vorsitzende Strauß am 10. November an dem Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften in Bonn teilgenommen hatten. Radio Moskau spricht von einer „revanchistischen Zusammenrottung".

Kuron sieht jetzt Chancen für Opposition in Polen

Der Bürgerrechtler spricht von einer „schrecklichen Zwangslage" Jaruzelskis / Wieder Gespräch Kirche–Regierung

DW. Warschau

Der prominente Bürgerrechtler Jacek Kuron hat der nach der Ermordung Jerzy Popieluszkos entstandenen politischen Lage in Polen eine für die Opposition insgesamt positive Deutung gegeben. Kuron hält nämlich den Zeitpunkt für einen verstärkten Druck seiner Landsleute auf die Warschauer Führung für günstig. In einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP bewertete Kuron den Mord an dem Priester durch Sicherheitsfunktionäre sogar als eine Wende in der Entwicklung in Polen.

Kuron, ehemaliger Vorsitzender des Komitees für gesellschaftlichen Selbstschutz (KOR), gibt eine in der polnischen Opposition keineswegs unumstrittene Begründung: Mit der Tat, gemeint ist die Ermordung des „Solidarität"-Sympathisanten Popieluszko, habe General Jaruzelski „eine gewisse Politik" aufgezwungen werden sollen. Jaruzelski sei angesichts des wachsenden Machtzerfalls als Folge des Alleingangs der politischen Polizei „in die schreckliche Lage versetzt, in die eigenen Reihen schießen zu müssen". Zum ersten Mal seit dem 13. Dezember 1981, so der optimistische Kuron, sei der Partei- und Regierungschef gezwungen, „die Nation in seine Rechnung mit einzubeziehen", denn jetzt habe er „die Ruhe im Land am allernötigsten".

Daher muß nach seiner Auffassung „starker gesellschaftlicher Druck" organisiert werden, aber unter Vermeidung einer Konfrontation. Dieser Druck müsse dem „pluralistischen Bild" der polnischen Gesellschaft entsprechen und sich „auf allen Ebenen und immer mehr in voller Öffentlichkeit" spürbar machen. Die „Bürgerkomitees" zur Verteidigung des Rechts (KOP), die sich nach dem Mord an Popieluszko gebildet haben, seien ein richtiger Anfang, meint der Bürgerrechtler. Er weist der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" eine wichtige Rolle zu.

Trotz ihres Verbots sei die Bewegung nach wie vor in den Unternehmen des Landes einflußreich und das auf zwei Ebenen: durch die Kräfte im Untergrund und durch die „einfach als ‚Solidaritäts'-Mitglieder bekannten Personen". An diese würde sich die Direktion zahlreicher Betriebe „immer häufiger wenden, um die Eintracht zu wahren". Die Selbstverwaltungsräte in den Betrieben würden zu 80 Prozent von Mitgliedern der verbotenen Gewerkschaft gebildet.

Aber „Solidarität" ist nach Ansicht Kurons mehr als nur eine Arbeiterbewegung und hat sich inzwischen zu einer „weiten gesellschaftlichen Bewegung" herausgebildet.

In den von Kuron vertretenen politischen Thesen spiegeln sich Neutralitätsgedanken wider, die in Polen eine gewisse Tradition haben. So sagt er auch jetzt, daß eine „Entmilitarisierung Mitteleuropas, vor allem der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und Polens, die einzige Lösung" für sein Land auf lange Sicht sei. Das Problem der Abrüstung müsse zusammen mit dem einer Neutralisierung Zentraleuropas gesehen werden.

Daraus resultiert auch seine Forderung, daß die Bewegungen für die Befreiung Polens „ihre eigene Weltanschauung haben" müssen und „sich nicht für den einen oder anderen der beiden Blöcke aussprechen" dürfen. Der 50jährige Kuron hat maßgeblich zur Einheit zwischen Intellektuellen und Arbeitern in Polen beigetragen, was die Gründung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung überhaupt erst ermöglicht hat. Er war erst im Sommer dieses Jahres nach 31 Monaten Haft freigelassen worden.

In Warschau haben jetzt wieder Vertreter der Regierung und der katholischen Kirche in einer gemeinsamen Kommission ihre gegenseitigen Beziehungen erörtert. Wie die polnische Presse berichtete, seien die Vertreter des Episkopats von den Behörden über die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung des Mordes an Popieluszko informiert worden. Es war am Freitag unklar, ob die Kirche auch den abschließenden Bericht der Ergebnisse der Obduktion der Leiche des Priesters vorgelegt bekam. Regierungssprecher Urban hatte Mitte dieser Woche versichert, spätestens am Freitag werde der Bericht vorliegen. Nach den bisherigen Berichten steht fest, daß der 37 Jahre alte Geistliche erwürgt worden war, bevor die Täter seine Leiche in einen Weichsel-Stausee warfen.

Nach dem Kommuniqué über die Sitzung der gemeinsamen Kommission soll die Diskussion über „grundlegende Themen aus dem Bereich der Beziehungen zwischen Staat und Kirche" fortgesetzt werden. Primas Glemp hält sich derzeit zu Konsultationen mit dem Papst in Rom auf.

„Gute Noten" für Wörner

NATO-Partner loben Verteidigungsbemühungen Bonns

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Verteidigungsminister der NATO werden sich nächste Woche mit einer Fülle von Themen befassen, aus der nach Ansicht von Minister Wörner drei besonders herausragen: Die Anstrengungen des Bündnisses zur Stärkung seiner konventionellen Verteidigung, die Einigung über das NATO-Infrastrukturprogramm sowie eine Beratung über die im Januar beginnenden neuen Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der Rüstung.

Im übrigen reist der deutsche Verteidigungsminister in der Hoffnung nach Brüssel, der zwischen Griechenland und der Türkei neu aufgeflammte Streit um die Ägäis-Insel Lemnos (WELT vom 28. November) werde die sachliche Arbeit des Verteidigungsplanungsausschusses nicht belasten oder gar unmöglich machen.

Aus dem Munde ihres amerikanischen Amtskollegen Weinberger hoffen die europäischen Minister Aufklärung über das abrüstungskontrollpolitische Konzept zu erhalten, mit dem die USA im Januar die neuen Gespräche mit der Sowjetunion beginnen wollen. Nach Wörners Ansicht ist es dabei wichtig, daß die Europäer ihre besonderen Wünsche für die neue Runde, die mit einem Treffen der Außenminister Shultz und Gromyko am 7. und 8. Januar startet, einbringen. Der Bonner Minister nannte gegenüber Journalisten besonders die Problematik der Mittelstreckenrüstung und die Möglichkeiten zur Minderung der konventionellen Streitkräfte in Europa.

Nach Bonner Ansicht sind für Brüssel nun auch die Weichen für eine Verabschiedung des NATO-Infrastrukturprogramms für die Jahre 1985 bis 1989 gestellt worden, nachdem die Bundesregierung auf die Wünsche der USA eingegangen war und sich zu einer Aufstockung des Finanzprogramms auf knapp 22 Milliarden Mark bereitgefunden hatte. Davon muß Bonn 5,82 Milliarden Mark tragen. Ursprünglich wollte Bonn dieses Programm auf 16,85 Milliarden begrenzen, während die USA 27,8 Milliarden Mark verlangt hatten. Bislang ist ungewiß, ob Länder wie etwa Italien sich auch zu der Aufstockung bereitfinden werden.

Mit dem Programm soll die gesamte Verteidigungsinfrastruktur der NATO in Europa verbessert werden. *Dazu zählt auch der Bau von Anlagen* für die Aufnahme amerikanischer Verstärkungen, verbesserte und störsichere Fernmeldeanlagen, neue Versorgungsleitungen für Kraftstoff sowie der Ausbau von Flughäfen. Nach Ansicht Wörners ist insbesondere der Ausbau der Luftbasen für die Aufnahme von US-Kampfflugzeugen, die im Krisenfall in einer Größenordnung von mehr als tausend Stück nach Mitteleuropa verlegt werden sollen, vordringlich.

Um die Überlebens- und Durchhaltefähigkeit der NATO-Streitkräfte zu verbessern, ist es nach Ansicht Wörners zwingend notwendig, die Schwächen der Luftverteidigung zu beseitigen und größere Vorräte an Munition und Betriebsstoff anzulegen. Hier liege einer der Schwerpunkte der Bonner Verteidigungsanstrengungen, für die die Allianzpartner Bonn bereits „gute Noten" erteilt hätten.

Großes Gewicht wird die Konferenz der Verteidigungsminister nach Darstellung Wörners auf die Diskussion der NATO-Planungen zur Verstärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit legen. In Bonn hofft man, daß die deutsche Ansicht von allen in der Allianz akzeptiert wird, nach der möglichst schon im nächsten Jahr ein Planungswerk verabschiedet werden kann, das die verschiedenen Verteidigungsaufgaben konventioneller Natur des Bündnisses in einem „konzeptionellen Rahmen" („conceptual framework") definiert und bewertet.

In Bonn sind von den Experten, wie Wörner sagte, die Prioritäten schon gesetzt. Danach muß es als erstes um die Niederringung der Ersten Strategischen Staffel des Warschauer Paktes im Falle eines militärischen Konfliktes gehen. In zweiter Linie muß sich die NATO um eine bessere Ausrüstung zum Kampf gegen die gegnerischen Luftstreitkräfte auf deren Heimatbasen bemühen sowie schließlich – drittens – um Waffensysteme, die das Heranführen der Reserven des Warschauer Paktes erschweren.

Gehört Seckendorf weiter zur RAF?

WERNER KAHL, Bonn

Der Arzt Ekkehard Freiherr von Seckendorf-Gudent war anscheinend an dem RAF-Überfall auf ein Waffengeschäft bei Ludwigshafen beteiligt. Nach Zeugenaussagen wurde der steckbrieflich gesuchte 44jährige zusammen mit dem 26jährigen RAF-Mitglied Hennig Beer am Tatort in Maxdorf (Rheinland-Pfalz) gesehen. Die Polizei hatte vermutet, daß von Seckendorf inzwischen aus dem Untergrundterrorismus ausgestiegen ist.

Bei dem Überfall in der ersten Novemberwoche wurden nach Angaben der Bundesanwaltschaft 22 Faustfeuerwaffen und zwei Gewehre entwendet. Die RAF dürfte damit die Waffenverluste, die sie 1982 durch die Entdeckung von 17 Erddepots erlitten hatte, annähernd ausgeglichen haben.

Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, daß die RAF in den Gebieten Rhein-Main, Pfalz, Elsaß und Schweiz neue Verstecke hat. Nach den Ermittlungen des Bundeskriminalamtes sind in letzter Zeit vermutlich etwa 15 Personen aus dem RAF-Umfeld für das Untergrundkommando rekrutiert worden, die die Logistik im In- und Ausland verbessern halfen. Damit sei die Gefahr neuer Anschläge gestiegen.

In Züricher Sicherheitskreisen wird das dort 1974 gegründete Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa (IVK) zum Terrorumfeld gerechnet.

Skepsis vor Dubliner Gipfel

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will die interne Abstimmung der EG-Partner über die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal auf dem am Montag beginnenden Europagipfel in Dublin ein entscheidendes Stück voranbringen. Vor allem will er am geplanten Beitrittsdatum 1. 1. 1986 nicht rütteln lassen. Die sachlichen Erwartungen Bonns wurden allerdings gestern in Regierungskreisen als „außerordentlich skeptisch-zurückhaltend" bezeichnet.

Wichtigster Streitpunkt unter den Mitgliedern der Gemeinschaft ist gegenwärtig die Frage der Überschußproduktion von Wein, die nach dem spanischen Beitritt durch den Zustrom iberischer Weine vollends unlösbar werden könnte. Deshalb stimmt die Bundesregierung mit der französischen Regierung darin überein, daß vor der EG-Erweiterung eine Reform der Weinmarktordnung unabdingbar sei. Die Meinungen über konkrete Einzelheiten gehen aber noch sehr auseinander.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs werden in der irischen Hauptstadt auch über die von Bonn für besonders dringend gehaltene Haushaltsdisziplin der EG und über Interims-Berichte zweier Komitees zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft beraten. Bonn und Paris legen auf weitere Richtlinien für den Weg zur Europäischen Union Wert.

